

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 236 · 20. JAHRGANG · AUSGABE 9/2014 VOM 9. SEPTEMBER 2014 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **Dem Frieden
eine Chance**
Weltfriedenstag in Eberswalde

9 | **Kitabetreuung
als Glückssache?**
Junge Eltern von HARTZ IV bedroht

11 | **Am Wassertourismus
nicht mehr interessiert?**
Petition für Erhalt des Finowkanals

Prekäre Beschäftigung betrifft alle

Werkverträge, Leiharbeit, Befristung, unfreiwillige Teilzeit, Niedriglöhne sind für rund 13 Millionen in Deutschland bittere Realität. Die Jubelchöre der Bundesregierung über Beschäftigungsrekorde müssen ihnen wie blanker Hohn vorkommen. Es geht aber nicht nur um die unmittelbar Betroffenen. Die Durchsetzungskraft der Gewerkschaften, letztlich sogar die grundgesetzlich garantierte Tarifautonomie wird durch die Prekarisierung der Arbeitswelt massiv geschwächt und damit alle Beschäftigten.

Seit 2000 sind 4,3 Millionen »bad jobs« entstanden: die massive Ausweitung von Teilzeitarbeit, geringfügiger Beschäftigung in Gestalt von Mini-Jobs und von Leiharbeit. Viel zu viele Menschen müssen in diesen Jobs dann auch noch befristet arbeiten. Außerdem sind viele in die Selbständigkeit gedrängt, damit Arbeitgeber sich die Sozialversicherungsbeiträge sparen können. Gleichzeitig sind seit 2000 rund 1,7 Millionen Vollzeitarbeitsplätze vernichtet worden. Die Regierung brüstet sich damit, daß in den letzten Jahren der Verlust sich verringert hat. 2010 lag er noch bei 2,6 Millionen regulären Vollzeitstellen.

Unter dem Strich bleibt ein Plus von 2,6 Millionen zusätzlichen Jobs seit 2000. Zum größten Teil sind es prekäre Jobs, die in der Regel miserabel bezahlt werden. Und die Beschäftigten trauen sich in der Regel aufgrund des unsicheren Arbeitsverhältnisses nicht, für ihre Interessen zu kämpfen. Häufig sind sie isoliert und haben nicht einmal Kontakt zur Gewerkschaft.

Die prekäre Beschäftigung hat sich – nachdem Rot-Grün die Schutzzäune niedergedrückt hatte – immer mehr in die betriebliche Realität hineingefressen. Leiharbeit, Werkverträge und auch Befristungen sind Instrumente, um die Löhne und Arbeitnehmerrechte unmittelbar zu drücken. Mittelbar wird gleichzeitig der Stammebelegschaft verdeutlicht, daß auch andere, billigere, prekär Beschäftigte ihre Arbeit übernehmen können. Dies führt zur Disziplinierung und zur Entsolidarisierung. Rückwirkend wird so die Wahrnehmung von Interessen erschwert. Dadurch sind generell die Handlungsmöglichkeiten der gewerkschaftlichen Tarifpolitik in den letzten zehn Jahren deutlich schwieriger geworden. Die Tarifbindung und die Durchsetzungsbedingungen für erfolgreiche Tarifabschlüsse wurden deutlich verschlechtert. Die Tarifautonomie ist in der BRD durch das Grundgesetz geschützt.

Mit der Agenda-Politik wurde sie jedoch indirekt massiv beschädigt. Das hat Folgen für alle.

Die preisbereinigte Summe der Entgelte, die alle Beschäftigten bekommen haben, ist gerade einmal um zwei Prozent – genau um 1,8 Prozent – seit 2000 gestiegen. Dies entspricht einem jährlichen Plus von etwas mehr als 0,1 Prozent! Der Reallohn je Beschäftigten ist im Durchschnitt um 3,7 Prozent gesunken.

Die Prekarisierung in der Arbeitswelt setzt sich in anderen Lebensbereichen fort. Wer in Leiharbeit oder Kettenbefristungen festhängt, erreicht oft nicht eine ausreichende Anwartschaft auf Arbeitslosengeld I und rutscht so gleich in Hartz IV. Für viele prekär Beschäftigte gehört Hartz IV sowieso zum Alltag dazu. Trotz teilweise sogar Vollzeitbeschäftigung müssen sie ihren spärlichen Lohn vom Amt aufstocken lassen, um über die Runden zu kommen.

Wer im Arbeitsleben in prekärer Beschäftigung festhängt, bleibt in prekären Lebensverhältnissen auch im Alter gefangen. Viele prekär Beschäftigte schaffen es nicht, durch Unterbrechungen der Arbeit beispielsweise bei Befristung oder generell durch zu geringe Löhne, einen ausreichenden Rentenanspruch zu erwerben. Geschweige denn selbst etwas fürs Alter zurückzulegen.

Die Bundesregierung feiert aber lieber weiterhin den Beschäftigungsrekord und begnügt sich wie beim Mindestlohn mit halbgewalkten Sachen. Oder will gleich gar nichts wissen, wie bei der Leiharbeit. Die LINKE wird mit einer Kampagne aktiv gegen prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen kämpfen.

Eine ausführliche Analyse zu prekärer Beschäftigung finden sie auf www.michael-schlecht-mdb.de.

MICHAEL SCHLECHT, MdB, wirtschaftspolitischer Sprecher DIE LINKE

Kriegstreiber als Wahlhelfer

Eberswalde (bbp). Immerhin eine knappe halbe Sekunde war beim ORB-Bericht über das Merkel-Event am 6. September auf dem Eberswalder Marktplatz auch von der Friedensaktion der Linken die Rede (Seite 2). In einem Atemzug mit der Mitteilung, daß ein NPD-Lautsprecherwagen die Breite Straße entlang fuhr.

Unerwähnt blieb, daß das BÜNDNIS FÜR DEN FRIEDEN EBERSWALDE auf dem Marktplatz präsent war, unterstützt von einigen DKP- und Rot-Fuchsmitgliedern. Albrecht Triller vom Friedensbündnis hatte sich ein Plakat umgehängt »Kriegstreiber als CDU-Wahlhelfer«. Die Plakatrückseite war mit folgendem Text versehen: »Im Verzicht auf militärische Gewalt als Mittel der Politik sehen wir einen notwendigen Schritt zur Schaffung einer europäischen und weltweiten Friedensordnung.« (aus dem Abschlußdokument der Ökumenischen Versammlung der DDR-Kirchen von 1989)

Der Eine und die Andere lasen etwas verwundert und nachdenklich, was das Friedensbündnis da zu verkünden hatte. So mancher ließ sich auch auf ein Gespräch ein. Der größte Teil der laut ORB rund 2.000 Marktplatzbesucher interessierte sich freilich nur für die Kanzlerin.



Ablenker

Neuerdings erreichen uns zahlreiche bedrohliche Berichte über kriegerische Auseinandersetzungen aus Europa und aller Welt. Dahinter treten die sonst üblichen Meldungen über Katastrophen, Umweltzerstörungen, knappe Ressourcen, grassierende Krankheiten, Flugzeugabstürze und Tierquälereien in den Hintergrund. Zunächst muß man wissen, das Journalisten mit schlechten Nachrichten ihre Familien ernähren. Sie glauben wohl, daß Berichte über das schöne Wetter nicht so oft gelesen werden. Auch fühlt sich der eine oder andere besser, wenn es anderen schlechter geht. Soweit ist das wohl menschlich.

Leider schleichen sich über die Vielzahl der Kriegsberichte militärische Begriffe in unseren Wortschatz. Sogar neue Worte werden extra dafür erfunden, um Vielfalt vorzutäuschen.

Kriege finden immer aus Habgier statt und werden möglich, weil staatliche Strukturen und Politiker versagen. Die Leidtragenden sind immer normale friedliebende Leute. Um funktionierende staatliche Strukturen und stabile politische Verhältnisse sollte man sich kümmern, statt über Kriegseinsätze, Militärhilfe und Rüstung zu faseln.

Diese Berichte wirken im Unterbewußtsein und die üblichen Profiteure drängen sich in den Vordergrund. Generäle, Rüstungsfabrikanten, Geheimdienste, Sicherheitsfirmen und Politiker, die daraus ihr Geschäft machen und ihre Begierden nur schlecht verbergen.

Am schlimmsten sind die politischen Ablenker, die Angst haben und Menschen aufeinander hetzen, weil sie ihre eigenen Probleme nicht lösen können.

Man könnte sich darüber wundern, wenn man das nicht schon öfter erlebt hätte. Seit der Steinzeit läuft das so ab. Kriege sind unmenschlich. Niemand will freiwillig sterben. Profiteure sahnen ab. Das wurde seit der Antike in zahllosen Geschichten aufgeschrieben. Aber warum hören die Kämpfe nicht auf? Kann man gar nichts dagegen machen?

Natürlich kann jeder etwas dagegen machen. Zunächst kann man sich eigene Gedanken machen, aufschreiben und anderen mitteilen. Man kann Fragen stellen und andere Menschen überzeugen. Man kann die politischen Ablenker fragen und bloßstellen und sie nicht wählen.

Niemand muß Waffen herstellen, auf Menschen schießen, zum Schießen kommandieren, Kriegsberichte schreiben oder militärische Worte benutzen. Das muß wirklich niemand, auch Frauen nicht. Man kann den Versagern aus dem Weg gehen und Kriminelle bestrafen. Vor allem kann jeder vor seiner eigenen Haustüre kehren. Menschen sind von Hause aus um ihr eigenes Wohlergehen besorgt. Das ist ein starkes Argument. Alle, aber wirklich alle Probleme lassen sich friedlich lösen. Niemand hat gesagt, das das leicht ist. Packen wir es an. Denn soviel Zeit muß sein.

Dr. MANFRED PFAFF

Bootsfahrten auf dem Finowkanal geplant

Finowkanal-Geschichten-Wanderung im September fällt aus

Die Geschichten-Wanderung im September muß leider ausfallen. Sie sollte in Oderberg stattfinden. Die alte Festungsanlage, die Stülerkirche und viele weitere Details zur Stadtgeschichte werden nun Thema unserer Wanderung am 8. November sein.

Dr. Schulenburg, der Geschichten-Erzähler in Oderberg, wird beim Schleusen-Stammtisch am 10. September (Restaurant »Kreta«, ehem. Leibniz-Jugendclub, Robert-Koch-Str. 15a) anwesend sein und bestimmt schon einen Vorgesmack auf die zu besichtigenden Highlights des Ortes geben können.

Für den 18. Oktober planen wir eine Wanderung in Niederfinow.

Außer dem Stammtisch am 10. September und der Petition laufen die Vorbereitungen für eine Reihe von Finowkanal-Fahrten mit der »Oderberg«. Zunächst gibt es am 15. September eine Sonderfahrt von Eberswalde nach Oderberg. Und dann finden vom 4. bis 6. Oktober weitere Fahrten statt. Jens Schlößin, Besitzer und Kapitän der »Oderberg«, wird die Fahrten mit viel Wissenswertem und seinem Herz für den Finowkanal begleiten. Information und Tickets gibt es wie immer bei Thomas Winkler im Reisebüro Fern und Meer.

Den nächsten Finowkanal-Stammtisch gibt es am 1. Oktober.

Prof. HARTMUT GINNOW-MERKERT

Offene Werkstatt im »Schöpfwerk«

Das Schöpfwerk ist eine gemeinschaftlich geführte Projektwerkstatt für Siebdruck, Malerei, Stoff, Schmuck sowie einem Kiezcafe in der Schöpfurter Straße 5 in Eberswalde-Westend.

Wir wollen das Viertel beleben und einen Raum zur Weitergabe von Fähigkeiten schaffen. Dazu haben wir einen offenen Werkstatt-

tag (Donnerstag 15 bis 18), außerdem wollen wir Workshops und Veranstaltungen anbieten. Das Schöpfwerk steht für alle Interessierten offen, um unkompliziert Wissen von Mensch zu Mensch weiter zu geben. Die nächsten Termine sind am 11., 18. und am 25. September.

hebewerk e.V.

Standortsicherheit für Bahnwerkstätten gefordert

Eberswalde (prest-brbg). Im August sprach der Brandenburgische Ministerpräsident Dietmar Woidke mit einem Mitglied der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft aus dem Werk Eberswalde der DB Fahrzeuginstandhaltung GmbH (ehemaliges RAW) über den Stand der Gespräche zur Zukunft der Werkstätten. »Die Landesregierung«, so Woidke, »hat regelmäßig in Gesprächen mit der Deutschen Bahn dafür geworben, die Traditionsstandorte zu erhalten.« Die Landesregierung unterstütze alle Bemühungen, die Arbeitsplätze der hochmotivierten und hochqualifizierten Fachkräfte in dieser Branche zu erhalten. Eine Verlagerung von In-

standhaltungskapazitäten sehe der Ministerpräsident sehr kritisch. »Das Land Brandenburg wird alle seine Möglichkeiten der Einflußnahme beim Eigentümer Bund nutzen, um dies zu verhindern.« Woidke machte zugleich deutlich, daß er in der aktuellen Diskussion um die Regionalisierungsmittel zur Bestellung des Regionalverkehrs keine überproportionale Kürzung zu Lasten Ostdeutschlands akzeptieren wird. Zunächst sei jedoch der Bund gefordert, den Ländern insgesamt ausreichend Geld zur Verfügung zu stellen, damit diese ihrer Verantwortung für den öffentlichen Schienenpersonennahverkehr nachkommen können.

DDR-Gedenken

Eberswalde (bbp). Unter dem Motto »Flucht zurück in die DDR!« will die Neue Spartakusgruppe am 7. Oktober um 10 Uhr, am Max-Reimann-Denkmal im Brandenburgischen Viertel eine Kundgebung abhalten. Am 7. Oktober 2014 jährt sich die Gründung der DDR zum 65. Mal. Wie Karl-Heinz Blättermann vom Führungsstab der Neuen Spartakusgruppe mitteilt, werden zur Kundgebung »DDR-Propagandamaterialien« gezeigt. Auch das Kampfprogramm der Neuen Spartakusgruppe und Material der KPD werde ausgelegt. »Der angebliche Rechtsstaat BRD«, so Blättermann, werde »ins rechte Licht gerückt, um die Bürger auf Zeit vor Not, Elend und Krieg zu schützen«. Die Neue Spartakusgruppe lädt alle interessierten Bürgerinnen und Bürger ein, an der Kundgebung am Max-Reimann-Denkmal teilzunehmen.

Friedensrecht

Es gibt ein Kriegsrecht wozu?
 Normale Menschen wollen keinen Krieg!
 Warum gibt es kein Friedensrecht?
 Obwohl wir Menschen in Frieden leben wollen?
 Den Frieden lieben reicht nicht
 Wir müssen ihn erkämpfen, mit allen zivilen Mitteln und vor allem gemeinsam
 (wie wäre es mal mit Generalstreik?)

Die rote Oma

Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

Erklärung des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Weltfriedenstag

Vor 100 Jahren begann der Erste Weltkrieg, vor 75 Jahren der Zweite. Beide Jahrestage machen den diesjährigen Antikriegstag zu einem zentralen Tag der Erinnerung und des Mahnens. Auch heute gilt: Kriege kommen nicht über uns – sie werden gemacht. Gewalt geht von Menschen aus – und trifft Menschen. Sie werden getötet, verwundet und vertrieben. Ihr Leben wird bis in die Grundfesten erschüttert – während andere aus Kriegen Profite schlagen oder ihre Machtinteressen durchsetzen. Daran erinnern der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften seit 1957 nicht nur am Antikriegstag: Nie wieder darf Krieg von deutschem Boden ausgehen.

Die im Grundgesetz festgelegte Aufgabe der Bundeswehr zur Landesverteidigung wird seit Jahren in Richtung internationaler Interventionen verschoben. Der DGB sieht dies kritisch und fordert die Bundesregierung und den Bundestag auf, weder direkt noch indirekt militärische Interventionen zu unterstützen, die nicht von einem UN-Mandat gedeckt sind. Wir halten daran fest, daß es das Parlament ist, das über das Ob und Wie aller Auslandseinsätze der Bundeswehr zu entscheiden hat: Die Bundeswehr ist und bleibt eine Parlamentsarmee. Rüstungsexporte müssen strengen Regeln unterliegen, sie dürfen nicht aufgeweicht werden.

Der DGB wird sich dafür einsetzen, Rüstungsausgaben weltweit zu senken, um die Lebens- und Bildungschancen der Menschen zu erhöhen.

Soziale Gerechtigkeit ist Friedenspolitik

Erfolgreiche Friedenspolitik beginnt nicht erst am Runden Tisch. Erfolgreiche Friedenspolitik beginnt mit der Erkenntnis, daß Frieden ohne soziale Gerechtigkeit nicht zu haben ist. Demokratische Teilhabe, Bildung, gute Arbeit und soziale Sicherheit haben großen Einfluß darauf, politische und gesellschaftliche Konflikte erst gar nicht entstehen zu lassen. Darü-

ber hinaus verfügen Demokratien über bewährte Mechanismen, Kontroversen aus der Mitte der Gesellschaft heraus zu lösen. Trotzdem werden politische, ethnische oder religiöse Konflikte Teil der globalen Realität bleiben – wie aktuell in verschiedenen Ländern des Nahen Ostens oder der Ukraine. Die internationale Staatengemeinschaft muß alle diplomatischen Anstrengungen unternehmen, die zur Entschärfung der Situation beitragen und die Waffen zum Schweigen bringen.

Humanitäre Flüchtlingspolitik ist Friedenspolitik

Kriege, Bürgerkriege, ethnische, politische und geschlechtsspezifische Verfolgung oder rassistische Diskriminierungen zwingen viele Millionen Menschen zur Flucht oder zum Verlassen ihrer Heimat. Vor allem die angrenzenden Regionen und Staaten tragen einen Großteil der damit verbundenen Lasten. Sie brauchen mehr Unterstützung von der Staatengemeinschaft. Die Länder der Europäischen Union müssen ihre Verantwortung beim Schutz von Flüchtlingen stärker wahrnehmen. Wer vor Krieg, Bürgerkrieg oder Verfolgung flieht, muß in Deutschland und der EU Aufnahme finden, individuell Asyl oder einen Schutzstatus beantragen können und in einem fairen Verfahren anerkannt werden.

Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen, daß Tausende von Flüchtlingen bei dem Versuch sterben, über das Mittelmeer nach Europa zu gelangen. Die Rettung von Menschen in Seenot muß oberstes Gebot sein. Länder an den Außengrenzen der EU dürfen bei der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen nicht allein gelassen werden: Unhaltbare Zustände in den Flüchtlingslagern und Zurückweisungen sind die Folge. Wir brauchen ein EU-weites, gerechtes System zur Aufnahme und Anerkennung von Flüchtlingen.

Nie wieder Faschismus

Der Antikriegstag verpflichtet uns auch zum entschiedenen Widerstand gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Gerade die lange verborgen gebliebenen Terror-Akte der NSU mahnen uns, wachsam zu bleiben. Dies gilt auch für ausländischerfeindliche Demonstrationen und Angriffe auf Flüchtlingsheime, denen sich immer wieder viele engagierte und mutige Gewerkschafter und Nicht-Gewerkschafter entgegenstellen. Diese Courage erwarten wir auch von den politischen Verantwortlichen: Wir brauchen ein Verbot der NPD.

DGB Bundesvorstand, Berlin

Dem Frieden eine Chance

Eberswalde (bbp). Die Frauen des Chores IWUSCHKA hatten die Initiative ergriffen. Eberswalde ist ihre neue Heimat, aber es läßt sie keineswegs kalt, was in ihrer alten Heimat – darunter verstehen sie alle Länder der einstigen Sowjetunion – geschieht. Der Bruderkrieg im Südosten der Ukraine erfüllt sie mit Trauer und Entsetzen.

Die Initiative traf schnell auf Gleichgesinnte, die ihrem Unbehagen angesichts der Kriege in der Ukraine, im Nahen Osten und in anderen Regionen der Welt endlich Luft machen wollten.

Der Weltfriedenstag, alljährlich am 1. September anlässlich des deutschen Überfalls auf Polen im Jahre 1939 begangen, bot den geeigneten Rahmen. Die Eberswalder Kirchengemeinden hatten sich verständigt, zu einem ökumenischen Friedensgebet in die Maria-Magdalenen-Kirche einzuladen. Hier trat, neben den Westend-Glory-Singers, auch IWUSCHKA mit drei Liedern auf.



Auf dem Marktplatz hatte zuvor das Eberswalder Bündnis für den Frieden, seit mehr als zehn Jahren in Eberswalde aktiv, ein »weltliches« Rahmenprogramm organisiert. Hans-Dieter Winkler und Albrecht Triller vom Friedensbündnis verteilten die aktuelle »Zeitung gegen den Krieg«.

Die Leute vom Kontakt e.V. hatten Tafeln mit Bildern von den grausamen Zerstörungen in der Ostukraine aufgestellt. DIE LINKE und die DKP waren mit Infoständen zugegen. Ein Mitglied des Fördervereins der Zeitschrift »Rot-Fuchs« sorgte mit seiner E-Gitarre und kraftvollen Kampfliedern für die zünftige musikalische Begleitung.

Etwa 70 Menschen versammelten sich bei regnerischem Wetter auf dem Marktplatz. Ein Teil von ihnen folgte dann den Glocken der Maria-Magdalenen-Kirche, die zum Friedensgebet einluden. So waren unter den gut 100 Kirchenbesuchern nicht nur Betende, aber alle einte der Wunsch nach Frieden.



Wer die Wahl hat...

Sie steht dem mündigen Bürger wieder einmal bevor, die spannende Frage: Welche Partei oder Vereinigung bzw. welche sie vertretenden Personen wähle ich zur Landtags- und zur Bürgermeisterwahl am 14. September?

Wähle ich bekannte Gesichter, die sich in der täglichen Politik schon bewährt haben oder neue, die voll der Versprechungen hoher, edler Ziele sind? Kennt er/sie unsere Region, die Sorgen und Nöte der Bürger aus eigenem Erleben? Ist er/sie nicht erst seit gestern hier zu Hause? Ist er/sie parteipolitisch wirklich erkennbar und unverwechselbar oder will er/sie auch nur das, was sich alle Bewerber so oder ähnlich auf die Fahnen geschrieben haben, welche sie nach der Wahl oftmals schnell in den Wind hängen? Ist er/sie ein kompetenter Ansprechpartner, der kritisch den Finger auf »Wunden« legt und im Bürgerinteresse engagiert positive Veränderungen bewirkt?

Das ist in der Tat eine schwierige, weitreichende Entscheidung! Treten sie zunächst nicht alle selbstlos und uneigennützig an? Wollen sie uns nicht alle mit gut durchdachter Programmatik für edle Ziele und im Interesse des Gemeinwohls überzeugen?

Auf den ersten Blick wohl schon. Beim genaueren Hinsehen gibt es schon grundlegende Unterschiede in persönlicher Motivation und praktizierter Herangehensweise:

Da sind die Feinsinnigen mit hoher politischer Kultur, rühriem Engagement, gekonnter Kommunikation und geschliffener Rhetorik. Sie »kommen beim Bürger an«, man erinnert sich an interessante Begegnungen mit ihnen und lobt ihre soziale Kompetenz.

Es gibt auch die Rebellischen, Volksverbundenen, die immer und überall kämpferisch agieren und sich nicht entmutigen lassen, die, wenn sie stolpern, immer wieder aufstehen, und die aus dem Volk kommen.

Und es gibt die, die man sofort parteipolitisch »festmachen« kann.

Und es gibt auch die sachlich kühlen Intellektuellen, die Berechnenden, aber nicht Berechenbaren, die ambitioniert für politische Karriere sind. Die, die kaum Emotionen zeigen, immer auf der Suche nach Zweckpartnerschaften sind und irgendwie nicht greifbar scheinen.

Was für eine schwierige, weitreichende Entscheidung! Lassen wir uns also von Volkes Wille überraschen!

Dr. ILONA PISCHEL

Konzert im Heidekrugsaal:

ZUKUNFT UND DIE LICHTER

Am Samstag, dem 13. September, um 20 Uhr tritt die Berliner Band »Zukunft und die Lichter« im Heidekrugsaal auf. Im Vorprogramm ist der Liedermacher Bastian Bandt zu erleben. Der Eintritt beträgt 10 Euro.

Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V.
Brunoldstr. 1 · 16247 Joachimsthal

Wahlkampf und Friedensaktion

Eberswalde (bbp). Der 6. September war großer Wahlkampfstag. Die CDU hatte ihre Parteivor-sitzenden Angela Merkel, im Nebenjob Bundeskanzlerin, aufgebeten und mit ihr und Danko Jur, dem Eberswalder Direktkandidaten für den Landtag, eine Kundgebung organisiert. Diese Gelegenheit ließ sich die Barnimer Linke nicht entgehen. Der Kreisvorsitzende Sebastian Walter hatte die Parteimitglieder zur Friedensaktion unter dem Titel »Frau Merkel, Eberswalde hat Ihnen etwas zu sagen...« aufgerufen. »Wir werden jede Gelegenheit dazu nutzen«, so Walter, »die Bundeskanzlerin von ihrer Kriegspolitik abzuhalten«.



In dem Aufruf heißt es: »Wollen Sie Krieg? Es sind von uns aus knapp 15 Stunden ins nächste Krisengebiet die Kriegsgefahr ist größer als je zuvor. Die Bundesregierung schickt Waffen in Krisengebiete und verhängt Sanktionen. Beides sind Wege in den Krieg und nicht in den Frieden – sie gießen Öl ins Feuer. Sie treffen am Ende immer Unschuldige und wirken sich auch in Brandenburg aus. Dieser Welt fehlt es nicht an Waffen, sondern an Vernunft.

Es geht heute mehr denn je darum, daß Deutschland keine Waffen exportiert. Nirgendwohin! DIE LINKE fordert ein Verbot aller Rüstungsexporte, ohne Wenn und Aber. Mit der Waffe in der Hand läßt sich keine Demokratie verbreiten, lassen sich keine Konflikte lösen, lassen sich keine Menschenrechte schützen.

Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Die immer neuen internationalen Militäreinsätze haben unsere Welt nur immer kriegerischer, blutiger und brutaler gemacht. Deshalb fordern wir: Die Waffen nieder!«

Auch Sebastian Walter vergaß nicht, daß Wahlkampf ist. Der Aufruf schließt mit den Worten: »Setzen Sie auch am 14. September ein deutliches Zeichen zur Landtagswahl in Brandenburg. Wählen sie DIE LINKE, die einzige konsequente Friedenspartei.«

Soziale Marktwirtschaft:

Kein empfehlenswertes Modell

Mitte des Monats August verkündeten die lokalen Medien, daß es in diesem Jahr eine Rekorderte beim Getreide gegeben hat. Als Folge davon sanken die Getreidepreise.

Nachdem es in den vergangenen Jahren einige Preiserhöhungen bei Backwaren gab mit der Begründung die Getreidepreise seien stark gestiegen, könnte man normalerweise erwarten, daß die Preise für Backwaren sinken werden. Schon in den lokalen Medien wurde dann darauf hingewiesen, es wird keine Preissenkungen geben.

Da haben wir eine ähnliche Situation wie bei der Energie. Durch den Einsatz der alternativen Energien werden keine Bodenschätze verbraucht. Durch den sogenannten Wettbewerb bei den Stromanbietern sinkt der Strompreis an der Börse. Trotzdem muß der Kunde mehr bezahlen. Schlimmer noch, je mehr der Strompreis sinkt, umso teurer wird der Strom.

Irgendwie hat das politische System der BRD seine Probleme mit der Logik. Auch auf anderen Gebieten gibt es diese Probleme.

Ich denke dabei an Waffenlieferungen der BRD, die z.B. in Israel zum Völkermord an den Palästinensern verwendet werden. Gleichzeitig fordern einige Bundestagsabgeordnete Waffenlieferungen in den Irak, um angeblich Völkermord zu verhindern.

Oder betrachten wir noch ein Beispiel zum Energieeinsparen. Jedem in Mitteleuropa ist

bekannt, die Einführung der Sommerzeit trägt nicht zur Energieeinsparung bei. Es wird sogar das Gegenteil erreicht. Über 900 Europaabgeordnete sind so dumm, daß sie nicht die Sommerzeit abschaffen. Ein kluger Politiker wie Wladimir Putin hat kurzerhand per Dekret die Sommerzeit abgeschafft. Nebenbei bemerkt, die BRD stellt mit dem ausgemusterten CDU Ministerpräsidenten Oettinger sogar noch den Energiekommissar.

Probleme mit der Logik hat auch Wowereit. Als er wegen seines Rücktritts von Journalisten zu seinen sinkenden Umfragewerten befragt wurde, sagte er, Umfragewerte stellen nur eine momentane Situation dar und sagen nichts aus über die Erfolge der Politik. Ich empfehle, falls einmal jemand geblitzt wurde, diese Ausrede zu verwenden, es ist nur eine Momentdarstellung.

Vielleicht liegt das ganze auch an der schlechten Darstellung der Politik der BRD?

Als schon etwas älterer Mensch kenne ich die wichtigen Schriften für den ideologischen Überbau der Gesellschaft. Das waren während der Zeit des Faschismus ADOLF HITLER – *Mein Kampf*, während der DDR-Zeit ERICH HONECKER – *Aus meinem Leben*, und ist jetzt im demokratischen BRD-Regime DIETMAR WISCHMEYER – *Das Schwarzbuch der Bekloppten und Bescheuertten*.

JÜRGEN KLAUS MEIßNER

Abwasserproblem braucht einen Kompromiß

Es ist nicht erstaunlich, daß die Verbandslobby aus Wasserverbandstag und Kommunalunternehmensverband zusammen mit den von ihnen bezahlten Anwälten das hier entwickelte Abschmelzungsmodell bekämpfen. Es erstaunt aber schon, daß eine einzige anwaltliche Stellungnahme den Wahlkämpfern für Frau Waigand, Dyhr und der CDU gereicht hat, sich aus den Kompromißverhandlungen zurückzuziehen und zu erklären, daß man eigentlich sowieso nichts ändern wolle. Mit anderen Worten haben Grüne und CDU die Bürger über ihre wahren Absichten getäuscht. Daß sie hierbei ausgerechnet eine Anwaltskanzlei zum Kron-

zeugen machen, die auch die nichtigen Satzungen des Verbandes der Vergangenheit begleitet hat, ist abenteuerrich. Weder eine anwaltliche Einzelmeinung, der Widerstand der Verbandslobby noch die wahltaktischen Stimmungsumschwünge bei Grünen, CDU und Unabhängigen werden die Linke davon abhalten, für die Durchsetzung eines Kompromißmodells zu kämpfen um eine Entlastung der Altanschießer bei Gebührenstabilität zu erreichen.

Wir wollen den sozialen Ausgleich und den sozialen Frieden in dieser Stadt fördern.

ANDRÉ STAHL,
Bürgermeisterkandidat der LINKEN für Bernau

Dienstags-Demos in Bernau

Bernau (bbp). Am 9. September findet in Bernau die 50. Dienstags-Demonstration statt. Die Bürgerinitiative im Gebiet des Wasser- und Abwasserverbandes (WAV) »Panketal/Finow« protestiert damit gegen die sogenannten »Altanschießerbeiträge« und fordert als Alternative das Gebührenmodell, wie es im Bereich des ZWA Eberswalde gilt.

Wie vor 19 Jahren in Eberswalde, kulminierten die Proteste in der Abwahl des Bürgermeisters. Am 14. September steht die Neuwahl an. Die »Altanschießerbeiträge« sind verständlicherweise ein wichtiges Wahlkampfthema. Die Linken hatten zwischenzeitlich ein Kompromißmodell vorgeschlagen, das faktisch die Berechtigung der »Altanschießerbeiträge« anerkennt, die Folgen aber sozialverträglich abfedert. Nicht geringe Teile der betroffenen Bürger waren verunsichert und nahe daran, das Kompromißmodell zu akzeptieren. Die Stadtfraktion der Linken hatte inzwischen gemeinsam mit den anderen Fraktionen an einem interfraktionellen Beschlußvorschlag gebastelt, der das Kompromißmodell der Linken »bis zur Unkenntlichkeit« verbog, wie es Vertreter der Bürgerinitiative auf der Dienstagsdemo am 2. September benannten. Lediglich die Fraktion der »Unabhängigen« hatten den Kompromiß die ganze Zeit konsequent abgelehnt.

In der letzten Augustwoche war die »unheilige Allianz« zerbrochen. Der Vertreter der Stadt im WAV Thomas Dyhr (Bündnis 90/Die Grünen) hatte eine halbe Stunde vor der Hauptausschußsitzung ein Gutachten des WAV-Stammrechtanwalts auf den Tisch gelegt, das er schon 14 Tage bei sich trug. Laut diesem Gutachten ist das Kompromißmodell

»rechtswidrig«. Es schien plötzlich, als stünde DIE LINKE mit ihrem Kompromißmodell alleine da. Als am 6. September die Bernauer Stadtverordneten entschieden, erhielt der gemeinsame Vorschlag dann aber doch in namentlicher Abstimmung die vollständige Zustimmung der Einreicherfraktionen, zu denen neben den Linken, die Fraktionen CDU, SPD/Freie Fraktion und Bündnis 90/Grüne/Piraten gehören.

Der Urheber der Irritationen wurde freilich abgestraft. Mit der gesetzlichen Mehrheit von 19 Stadtverordneten wurde Thomas Dyhr auf Antrag der Linken als Vertreter der Stadt in der WAV-Verbandsversammlung abgewählt. Den Abwahlantrag hatte die Linksfraktion bereits Mitte August gestellt, nachdem Dyhr im WAV für das Ende des Moratoriums gestimmt hatte, das bis dahin für die Beitragsforderungen an die »Altanschießer« galt (BBP 8/2014).

Die Bürgerinitiative sammelt derweil Unterschriften für einen Einwohnerantrag, mit dem das Gebührenmodell durchgesetzt werden soll. Die Mindestzahl der erforderlichen Unterschriften sei bereits erreicht, wurde auf der 49. Dienstagsdemo am 2. September verkündet.

Übrigens sind die Dienstagsdemos neuerdings per Livestream im Internet zu verfolgen. (www.ustream.tv/channel/buergerinitiative-wav)

Bernau muß mit Umlandgemeinden kooperieren

Die Panketaler Gemeindevertretung hat beschlossen, Planungen für eine neue Abwasserdruckleitung nach Schönerrinde zu beauftragen. Dies dürfte Ausdruck für das völlig zerrüttete Verhältnis des bisherigen Bernauer Rathauses zur Panketaler Verwaltung sein. Es wird eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Bürgermeisters und des künftig hoffentlich hauptamtlichen Verbandsvorstehers sein, den Gesprächsfaden nach Panketal wieder aufzunehmen. Dabei muß nicht nur in der Frage der Abwasserentsorgung die enge Abstimmung und

Zusammenarbeit zum Wohle beider Kommunen gesucht werden. Es ist überhaupt nicht hinzunehmen, daß die Beitrags- und Gebührenzahler in Panketal und Bernau perspektivisch zwei Abwasserdruckleitungen bezahlen, wovon mindestens eine nicht ausgelastet ist. Das Verhältnis von Bernau zu seinen Umlandgemeinden muß von Kooperation und nicht von Abgrenzung und Stadtmauerpolitik geprägt sein. Diese traurige Kontinuität in der Bernauer Verwaltungsspitze gilt es, nach der Wahl schnellstens zu beenden. ANDRÉ STAHL

CDU Eberswalde:

Schnittmengen

Eberswalde (cdU). In Vorbereitung der Bürgermeisterwahlen hat der Eberswalder CDU-Ortsvorstand sowie die Eberswalder CDU-Stadtfraktion mit allen drei Bürgermeisterkandidaten gesprochen. Danko Jur, Vorsitzender des CDU-Stadtverbandes, berichtet dazu: »Wir haben alle drei Kandidaten nach einem vorher festgelegten Fragenkatalog aus unserem Kommunalwahlprogramm zu Ihren Zielen und Absichten bei einer möglichen Wahl befragt. Der Katalog enthielt dabei unter anderem Fragen zur Parkplatzsituation, zu den Bildungseinrichtungen und zur medizinischen Versorgung in Eberswalde.« Im Rahmen einer Mitgliederversammlung stellten Fraktion und Stadtvorstand die Auswertung vor. »Im Ergebnis der Gespräche ist festzustellen, daß wir die größten Schnittmengen beim Amtsinhaber Friedhelm Boginski sehen«, erklärten Danko Jur und Fraktionsvorsitzender Uwe Grohs dabei den anwesenden Mitgliedern.

Bürgermeisterwahl in Eberswalde:

SPD unterstützt LINKE

Bereits Mitte Juli diesen Jahres trafen sich Mitglieder der SPD Ortsvereine Eberswalde und Finow zu einer gemeinsamen Ortsvereinsitzung mit dem Bürgermeisterkandidaten der Partei Die Linke.

Zunächst skizzierte Volker Passoke die programmatische Ausrichtung der von ihm angestrebten Politik des Rathauses. Dabei wurde deutlich, daß viele Übereinstimmungen mit den Ansichten, Forderungen und Vorhaben der Eberswalder Sozialdemokraten bestehen.

Für die Sacharbeit in der Stadtverordnetenversammlung ergeben sich damit eindeutig mehr inhaltliche Ansatzpunkte und Möglichkeiten, um sozialdemokratische Zielvorstellungen für die Bürger der Stadt durchzusetzen als mit dem jetzigen Bürgermeister. Daher sprach sich im Ergebnis einer teilweise kontrovers geführten Debatte eine deutliche Mehrheit der anwesenden Genossen für eine Unterstützung des Kandidaten Volker Passoke aus.

RINGO WRASE,
Vorsitzender des Ortsvereins Finow der SPD

Frohe Botschaft!

Die »Stiefmutter der Nation« hat am 13. August verkündet: Die Anpassung der Ostrenten an die Westrenten. 2017 will sie dementsprechend ein Gesetz schaffen und 2020 (hallo! schon 2020) sollen die Renten angeglichen werden. Ob die »Stiefmutter« dann noch ein funktionierendes Langzeitgedächtnis besitzt, damit sie sich daran erinnern kann?

Die rote Oma meint, nach 30 Jahren werden das sogar doch noch ein paar Ostrentner erleben. Es braucht eben alles seine Zeit – nur bei gewaltigen Diätenerhöhungen gibt es Blitzaktionen.

ELISABETH MONSING

Eberswalder Bürgerbudget:

122 Vorschläge

Eberswalde (prest-ew/bbp). Für die Verwendung des Eberswalder Bürgerbudgets wurden bis Ende August 122 Vorschläge eingereicht. 2012 und 2013 waren es jeweils gut 90. Mit ihren Ideen haben sich 112 Eberswalder am Bürgerbudget 2015 beteiligt, einige mit mehr als einem Antrag. Die Verwaltung prüft nun, ob die Antragsteller berechtigt und die Stadt Eberswalde für die jeweiligen Aufgaben zuständig sind.

Gleich dreimal wurde eine Büchertelefonzelle für Eberswalde angeregt. Sechs weitere Ideen beschäftigen sich mit kulturellen Angeboten für die Stadt. Ein beliebtes Thema mit insgesamt 30 Vorschlägen ist die Sanierung von Straßen, Geh- und Radwegen. Allein 12 Anträge sind für verschiedene Sanierungsmaßnahmen des Fritz-Lesch-Stadions eingegangen.

Vorgeschlagen wurden auch ein Skulpturenpark für das Brandenburgische Viertel, eine Spiegel-Rotunde mit Glockenspiel für den Marktplatz, die Instandsetzung eines Finowmaßbahns oder eine Terrasse an der Goethetreppe am Drachenkopf. Unter dem Motto »Pflücken erlaubt!« wird vorgeschlagen, Obst und Gemüse auf Grünanlagen anzupflanzen.

Unter den Vorschlägen findet sich auch die Förderung des Kiezmagazins »Maxe« im Brandenburgischen Viertel. Bereits seit zwei Jahren gibt es »Maxe«, bisher zum großen Teil von den Machern der Zeitung selbst finanziert. Weil nach den Kommunalwahlen 2014 die bisher verwendete Stadtverordnetenaufwandsentschädigung nicht mehr zur Verfügung steht, müssen sich die ehrenamtlichen Zeitungsmacher nach einer anderen Finanzierungsquelle umsehen. Daher beteiligt sich die AG Kiezzeitung »Maxe« nun am Eberswalder Bürgerbudget für 2015. In der Kurzbeschreibung heißt es:

»Die Stadtteilzeitung MAXE wird ehrenamtlich von Einwohnern des Brandenburgischen Viertels herausgegeben. MAXE dient dem Austausch von Gedanken, Meinungen und Erfahrungen der im Stadtteil lebenden Menschen. MAXE ist ein Forum für Anregungen und Kritik und ein Mittel, das Engagement der Bürgerinnen und Bürger für sich, für ihr Wohngebiet und für ihre Stadt zu fördern.« Die Maxe-Macher hoffen nun, schreiben sie in der Septemerausgabe ihrer Zeitung, auf die Unterstützung ihrer Leserinnen und Leser, »denn ohne finanzielle Hilfen wird das Kiezmagazin MAXE ab 2015 sein Erscheinen einstellen müssen«.

Alle 122 Vorschläge für das Eberswalder Bürgerbudget 2015 sind auf www.eberswalde.de/buergerbudget und bei Twitter (@BuergerbudgetEW) aufgelistet. Insgesamt stehen 101.600 Euro zur Verfügung. Die Abstimmung über die eingereichten Vorschläge findet am 21. Oktober 2014, um 18 Uhr, in der Hufeisenfabrik im Eberswalder Familiengarten, Am Alten Walzwerk 1, statt.

Schwärzeseeschule im neuen Haus

Am 23. August feierte die Grundschule Schwärzensee den Einzug in ihr neues Haus, das in den vergangenen Monaten für rund 2 Millionen Euro saniert worden ist. Am Tag der Einweihung versammelten sich die Erstklässler samt Eltern und Großeltern vor der Festbühne am Potsdamer Platz. Der Bürgermeister, viele Stadtverordnete und natürlich die Lehrer und Erzieher der frisch renovierten Grundschule waren anwesend, um in einer würdigen Feierstunde dem Brandenburgischen Viertel und ihren Einwohnern ein würdiges Zentrum zu übergeben.

Die Klassenlehrerinnen führten die Gäste, die neuen und alten Schüler samt Eltern durchs Gebäude und erklärten das Haus und die Räumlichkeiten: Im Erdgeschoß des Ostteils werden die 1. Klassen ihren Unterricht haben, sowie die 5. Klassen in einem speziellen Lehrgang, den man früher »Werken« nannte. Auch die Schulbibliothek hat hier einen großzügigen Raum. In der Aula, dem separaten Anbau, findet der Musikunterricht statt. Auf dem Hof der Schule gibt es jetzt eine nagelneue Kletterspinne und im hinteren Teil (nach Westen) wird später der Schulgarten angelegt.

Nach dem gelben Erdgeschoß führte der Rundgang in die grüne Etage des Haupthauses, wo die 2. Klassen unterrichtet werden, sich die Essensausgabe befindet und das Sekretariat, und spezielle Räume für Sprachförderunterricht eingerichtet wurden, die junge Schüler aus dem gesamten Barnim wahrnehmen. Im blauen Obergeschoß schließlich sind die Klassenräume der 3. und 4. Klassen. Alle Klassenräume sind mit sogenannten Whiteboards ausgestattet, die eine moderne Unterrichtsführung gewährleisten. Allerdings benötigen



die Lehrkräfte noch entsprechende Schulungen, damit sie nicht ganz hinter den technikbegeisterten Kids zurückstehen.

Der Rundgang endete im Erdgeschoß des Haupthauses. Hier befindet sich der neue Hort für die Schüler bis Klasse 4, der einen großen Aufenthaltsraum für musikalische Betätigung sein eigen nennt. Die Schwärzeseeschule kann froh sein über ihr neues Domizil, ein modernes, freundliches Gebäude, das nun nicht mehr leersteht und somit fällt der Abschied von der alten Schule, die gewiß ihre Mängel hatte, nicht mehr so schwer. **JÜRGEN GRAMZOW**

Schlüsselzuweisungen steigen und fallen

1,2 bzw. 1 Million Euro mehr für Eberswalde und Bernau.

Schorfheide und Chorin bekommen weniger.

Brandenburgs Kommunen erhalten im kommenden Jahr voraussichtlich rund 1,685 Milliarden Euro an Schlüsselzuweisungen vom Land. Das sind rund 57 Millionen Euro mehr als im laufenden Jahr. Auch die Städte und Gemeinden im Landkreis Barnim partizipieren von der positiven Entwicklung der Steuereinnahmen und können für 2015 mit insgesamt 3,1 Millionen Euro mehr rechnen. Der Zuwachs der prognostizierten Schlüsselzuweisungen liegt für die Kommunen des Landkreises Barnim bei 3,88 Prozent und damit über dem Landesdurchschnitt von 3,5 Prozent. So erhält beispielsweise die Stadt Bernau im Jahr 2015 voraussichtlich 19.912.418 Euro an Schlüsselzuweisungen. Das sind rund 1 Million Euro mehr als in diesem Jahr. Ebenfalls steigende Zuweisungen wurden u.a. berechnet für Eberswalde (+ 1.204.674 Euro), Ahrensfelde (+ 468.235 Euro) und Panketal (+ 234.845 Euro) sowie die Gemeinde Parsteinsee (+ 173.228).

Die allgemeinen Schlüsselzuweisungen des Landes werden bezugnehmend auf die Steuerkraft der Kommunen verteilt. Dabei gilt der Grundsatz, daß Kommunen mit einem vergleichsweise hohen Steueraufkommen weniger Schlüsselzuweisungen erhalten als Kommunen

mit niedrigem Steueraufkommen.

Aufgrund ihrer gestiegenen Wirtschaftskraft erhalten u.a. die Gemeinde Schorfheide sowie die Gemeinde Chorin weniger Schlüsselzuweisungen als in diesem Jahr.

Die prognostizierten Zahlen bestätigen den eingeschlagenen Weg der rot-roten Landesregierung, die Landkreise, Städte und Gemeinden weiterzuentwickeln und finanziell auf solide Füße zu stellen. Mit dem Zuwachs der Schlüsselzuweisungen im nächsten Jahr kommen wir diesem Ziel wieder einen Schritt näher. Damit hat die kommunale Familie – auch der Landkreis Barnim – Teilhabe an der anhaltend guten wirtschaftlichen Entwicklung und den steigenden Steuereinnahmen in Brandenburg.

RALF CHRISTOFFERS, MARGITTA MÄCHTIG und Dr. MICHAEL LUTHARDT

Die jetzt an die Kommunen versendeten Orientierungsdaten geben den aktuellen Stand der Ansätze im Haushaltsaufstellungsverfahren 2015/16 wieder und beruhen auf der diesjährigen Mai-Steuerschätzung. Der Regierungsentwurf des Landeshaushaltes 2015/16 wird nach der Landtagswahl vom neu gewählten Landesparlament beschlossen.

380-kV-Freileitung ist nicht akzeptabel

Gemeinsame Stellungnahme der Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat«, des NABU Brandenburg, der Städte Angermünde und Eberswalde und des Amtes Joachimsthal zum Planfeststellungsbeschuß zur 380kV-Freileitung von Bertikow nach Neuenhagen (»Uckermarkleitung«).

Die Bürgerinitiative, der NABU Brandenburg, die Städte Angermünde und Eberswalde und das Amt Joachimsthal nehmen die öffentliche Auslegung des Planfeststellungsbeschlusses in der Zeit vom 27.8. bis zum 9.9. zum Anlaß, ihre Kritik an der Planung der 380kV-Freileitung und der Durchführung des Genehmigungsverfahrens zu bekräftigen.

Das vom Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe genehmigte Projekt stellt einen massiven Eingriff in die Natur und Umwelt dar und ist mit erheblichen Risiken für die Anwohner und die wirtschaftliche Entwicklung der Region verbunden, worauf wir in unseren Stellungnahmen während des Planfeststellungsverfahrens wiederholt hingewiesen haben.

Die geplante 380kV-Freileitung quert das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin, den Naturpark Barnim, zwei europäische Vogelschutzgebiete, sie quert die Stadt Eberswalde im Bereich dicht besiedelter Wohngebiete und berührt mehrere Ortsteile von Angermünde und die Gemeinde Ziethen im Amt Joachimsthal. Beide Städte, das Amt Joachimsthal, viele Kommunen und der Landkreis Barnim lehnen gemeinsam mit vielen Betroffenen die geplante 380kV-Freileitung ab und haben dies auch während des Planfeststellungsverfahrens durch ihre Einwendungen zum Ausdruck gebracht (1.300 Einwendungen).

Die Einwendungen stützen sich auf verschiedene wissenschaftliche Gutachten, in denen die Planrechtfertigung, die Umsetzung des Vorhabens, die Auswirkungen auf Natur und Landschaft und die gesundheitlichen Risiken untersucht wurden. Bei der Lektüre des Planfeststellungsbeschlusses müssen wir allerdings feststellen, daß ein Großteil unserer Einwände von der Genehmigungsbehörde zurückgewiesen wurde. Eine differenzierte Auseinandersetzung mit den eingebrachten wissenschaftlichen Gutachten hat offensichtlich nicht stattgefunden. Die Genehmigungsbehörde macht sich weitgehend die Stellungnahmen des Vorhabenträgers zu eigen. Von einer sachlichen Abwägung und einer Berücksichtigung der legitimen Interessen der Betroffenen kann hierbei keine Rede sein.

Wir bestreiten, daß dem öffentlichen Interesse an einer sicheren Stromversorgung nicht anders als durch die Realisierung der vorgelegten Planung entsprochen werden kann. Wir haben wiederholt die fehlende Alternativenprüfung im Raumordnungsverfahren (ROV) kritisiert. Alle im ROV geprüften Varianten haben gemeinsam, daß sie das Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin, den Naturpark Barnim und die Stadt Eberswalde queren und auch Angermünde empfindlich berühren. Die Genehmigungsbehörde macht sich die Position



des Vorhabenträgers und der gemeinsamen Landesplanung zu eigen, daß die im ROV ausgewiesene Vorzugsvariante wirklich die umweltverträglichste Lösung sei. Bei der schematischen Gegenüberstellung der in die öffentliche Diskussion eingebrachten Varianten (S. 68 Planfeststellungsbeschuß) werden die zentralen Aspekte der Schonung des Biosphärenreservats und der Umgehung von Eberswalde und Angermünde nicht berücksichtigt. Wir bestreiten, daß in dem vorliegenden Planfeststellungsbeschuß die Bedeutung des öffentlichen Interesses an der Integrität der Schutzgebiete gebührend gewichtet wurde.

Die Erfordernisse einer sicheren Stromversorgung, des Natur- und Landschaftsschutzes und der Bevölkerung dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Die Planung ist so auszurichten, daß allen Erfordernissen entsprochen wird. Die Genehmigungsbehörde hat unser Erachten nach versagt, indem sie die Eingriffe in Natur und Landschaft durch die Befreiung von allen, dem Vorhaben entgegenstehenden Verboten zulässt.

Um ein starkes Zeichen der regionalen Zusammenarbeit zu setzen, haben sich die Städte Angermünde und Eberswalde entschieden, die Klage, die von der Bürgerinitiative und ihrem Trägerverein »Wir in der Biosphäre e.V.« und dem NABU Brandenburg vorbereitet wird, inhaltlich und finanziell zu unterstützen.

WOLFGANG KRAKOW,

Bürgermeister der Stadt Angermünde

ANNE FELLNER,

Bauderzernentin der Stadt Eberswalde

DIRK PROTZMANN,

Amtsleiter im Amt Joachimsthal

HARTMUT LINDNER,

Sprecher der Bürgerinitiative »Biosphäre unter Strom – keine Freileitung durchs Reservat«

FRIEDHELM SCHMITZ-JERSCH,

NABU Brandenburg

380-kV-Leitung:

Kontraproduktiv

Die geplante Trassenführung widerspricht den Entwicklungszielen des Natur- und Landschaftsschutzes im Landkreis Barnim, aber auch den Zielen der Entwicklung der Gemeinden. So hat die Gemeinde Chorin ein Leitbild verabschiedet, welches sich klar gegen solche großen Infrastrukturvorhaben in ihrem Gemeindegebiet ausspricht. In Eberswalde werden Wohn- und Gewerbegebiete direkt davon betroffen, was zu einer Gefahr für die Gesundheit der dort wohnenden Menschen werden kann. Das zarte Pflänzchen Naturtourismus, welches zunehmend Arbeitsplätze im ländlichen Raum schafft, wird davon betroffen sein. Wer will schon unter einer Hochspannungslleitung Urlaub machen?

Zu der geplanten Trassenführung hätte es eine östliche Alternative gegeben, welche nicht das Biosphärenreservat und die Stadt Eberswalde betroffen hätte. Das Verfahren und der Bau hätten dort schon lange umgesetzt werden können. Doch das Profitstreben verlangt nach möglichst kurzen Trassenverläufen zur Senkung der Baukosten und Maximierung der Durchleitungsentgelte. Auf der Strecke bleiben die Natur und die hier lebenden Menschen.

Ich spreche mich klar gegen den geplanten Trassenverlauf aus und werde die potentiellen Kläger auf ihrem Weg durch die Instanzen unterstützen.

Dr. MICHAEL LUTHARDT

Verzweiflungstat der EZB

Die Geldpolitik ist am Ende, höhere Löhne und massive sozial-ökologische Zukunftsprogramme sind jetzt notwendig. Die Senkung des Leitzinses auf nur noch 0,05 Prozent ist eine Verzweiflungstat der EZB.

Auf europäischer Ebene müssen die wirtschaftlich unsinnigen und sozial katastrophalen Kürzungsprogramme sofort gestoppt werden. Ein massives europaweites Zukunftsprogramm muß aufgelegt werden. Vor allem aber muß die Binnennachfrage in Deutschland massiv angekurbelt werden. Dazu sind mehrjährige Lohnsteigerungen von jeweils vier bis fünf Prozent nötig, die durch eine Stärkung der gewerkschaftlichen Durchsetzungsmacht und der Tarifautonomie erreicht werden können. Dies erfordert ein konsequentes Verbot von Leiharbeit und sachgrundlosen Befristungen, die konsequente Verhinderung des Mißbrauchs von Werkverträgen sowie die Abschaffung des Zwangssystems Hartz IV. Zusätzlich müssen die Gewerkschaften bestimmen können, daß Tarifverträge in den jeweiligen Branchen für alle Unternehmen gelten. Denn fast 50 Prozent der Beschäftigten arbeiten nicht mehr unter dem Schutz von Tarifverträgen.

MICHAEL SCHLECHT, wirtschaftspolitischer Sprecher der LINKEN im Deutschen Bundestag

Wahlkampf mit Fahrrad

Joachimsthal/Brodowin (bbp). Michael Jungclaus will für die Bündnisgrünen in den Landtag. Um sich und das grüne Programm bekannt zu machen, radelte der 50jährige im August und September drei Wochen lang durch das Land. Er nutzte dafür die 1.111 km lange »Tour Brandenburg«, so der offizielle Name des längsten Radfernweges Deutschlands. Die Tour führte auf 21 Etappen von Strausberg aus einmal rund um Brandenburg.

»Ich werbe nicht auf irgendwelchen Strohbalkenfesten«, so der Grünenpolitiker, »sondern in sachlichen Gesprächen an Hand von konkreten Beispielen bei den Menschen um Verständnis für bündnisgrüne Positionen und ihre Stimme. Dabei merke ich regelmäßig, daß den Bürgerinnen und Bürgern unsere Themen und Forderungen wie z.B. keine industrielle Massentierhaltung, umweltverträgliche Landwirtschaft, 100 % Erneuerbare Energien, keine neuen Tagebaue, gute Bildungschancen für jedes Kind oder die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs insbesondere in den ländlichen Regionen zunehmend wichtiger werden. In persönlichen Gesprächen gelingt es viel besser, politische Vorurteile abzubauen als auf große Festen den Marktschreier zu geben.«

Seine letzten Etappen führten Jungclaus durch den Landkreis Barnim.

Am 4. September informierte er sich in Joachimsthal über die touristischen Potentiale der Solarboote auf dem Werbellinsee sowie deren ökologische Vorteile gegenüber konventionellen Booten. Solarboote bieten die Möglichkeit, mit der Kraft der Sonne die Schönheiten der Brandenburger Natur zu erleben.

Am gleichen Tag besuchte Jungclaus in Grumsin den größten zusammenhängenden Tiefland-Buchenwald der Welt. Das Biosphärenreservat ist mit knapp 130.000 Hektar eines der größten Schutzgebiete Deutschlands. Es dient nicht nur dem Schutz bedrohter Tier- und Pflanzenarten, sondern hat erhebliche touristische Bedeutung für die gesamte Region.

Einen Tag später war er im Ökodorf Brodowin. Der Brodowiner Landwirtschaftsbetrieb zählt mit seinen rund 1.200 Hektar BRD-weit zu den größten Demeter-Betrieben. Geschäftsführer Ludolf von Maltzan informierte den Politiker beim Hofrundgang über den biologisch-dynamischen Landbau. Durch systematischen Fruchtwechsel werde versucht, dem Boden zurückzugeben, was ihm entnommen wurde. Neben der ökologischen Landwirtschaft interessierte sich Jungclaus auch für die Vermarktung und den Vertrieb der Produkte.

Michael Jungclaus kandidiert auf Platz 6 der Landesliste der Bündnisgrünen, die 2009 mit fünf Mandaten in den Landtag einzogen.

Barnimer Bürgerpost abonnieren!

8 www.maxe-eberswalde.de

Endlich Frieden in der Ukraine?

Am 5. September, 18 Uhr Ortszeit, wurde auf Übereinkunft beider Seiten, im ukrainischen Bürgerkrieg ein Waffenstillstand verkündet. Auch wenn immer wieder von Verstößen gegen die Waffenruhe berichtet wird, stehen die Chancen durchaus gut, daß dieser Waffenstillstand hält, was er verspricht.

Die Milizen der Volksrepubliken Donezk und Lugansk haben seit Ende August deutliche militärische Erfolge errungen. Die Angriffsspitzen der ukrainischen Armee sind südlich und südöstlich von Donezk eingekesselt und mittlerweile wahrscheinlich weitgehend vernichtet. Darunter die »Freiwilligenbataillone« der vom Rechten Sektor dominierten Nationalgarde, wie »Asow«, »Donbass« und »Dnepr«, als deren Finanzier der ukrainische Oligarch Igor Kolomojskij gilt. Die Kämpfer des Rechten Sektors vor Donezk verbluten zu lassen, liegt vermutlich durchaus im Interesse des ukrainischen Präsidenten Pjotr Poroschenko, der nicht als Freund von Kolomojskij gilt.

Allerdings waren die nationalistischen Sturmtruppen der Kern der militärischen Macht der neuen ukrainischen Herrscher. Dem Gros der aus Wehrpflichtigen und Reservisten bestehenden Armee fehlte durchaus der Ehrgeiz, bis zum letzten zu gehen, um für die Kiewer Administration ihre Landsleute im Osten zu massakrieren und dabei Leib und Leben aufs Spiel zu setzen.

Fakt dürfte auf jeden Fall sein, daß die ukrainische Armee weitgehend zerschlagen ist und bis auf weiteres zu keinen aktiven Handlungen gegen die beiden abtrünnigen Volksrepubliken Donezk und Lugansk fähig ist.

Es ist aber noch ein weiterer Faktor, der für das Ende des Krieges spricht. Der NATO-Gipfel ist vorbei und alle vorgegebenen Beschlüsse wurden gefaßt.

Es wird eine neue, noch schnellere, »Schnelle Eingreiftruppe« geschaffen und die verstärkte vorgeschobene Präsenz in den osteuropäischen NATO-Ländern wurde absegnet. An die NATO-Mitglieder erging die Mahnung, ihre »Verteidigungsanstrengungen« – sprich: die Rüstkungsausgaben – zu erhöhen.

Diese Ziele sind erreicht. Es kann also erstmal aufgehört werden mit dem heißen Krieg. Es verbleibt genügend Konfliktpotential, um die Spannungen aufrechtzuerhalten und gegebenenfalls schnell wieder anzuzuleiten.

Wladimir Putin hatte die russischen Oligarchen gebändigt und ist gerade deshalb deren bester Interessenvertreter. Den ukrainischen Oligarchen fehlt so ein »Bändiger«. Die anar-

chische Dominanz des Eigennutzes öffnet dem ausländischen Kapital diverse Einflußmöglichkeiten, was einzelnen Oligarchen nützen mag, sich letztlich aber gegen das Gesamtinteresse der ukrainischen Oligarchie richtet.

Eine Frage ist noch, inwieweit eventuell die basisdemokratischen Interessen der einfachen Menschen im Donbass, die die Hauptlast des Bürgerkrieges tragen mußten und deren Standhaftigkeit letztlich der Sieg und der Frieden zu verdanken ist, noch eine Rolle spielen können. Die wahrscheinliche Perspektive ist, daß sie eingebunden und so schließlich untergebuttert wird – zumal der äußere Druck des Westens dafür sorgt, die inneren gesellschaftlichen Widersprüche zu paralisieren. Noch scheint die putinsche Präsidialdiktatur der postsowjetischen Gesellschaft nicht nur in Rußland selbst positive Entwicklungschancen offen zu halten.

In der Ukraine bleiben innere soziale Probleme, die sich infolge des Krieges und des Chaos' wahrscheinlich vor allem im Westteil der Ukraine verstärken werden, das Hauptproblem. Insoweit ist da der Konflikt noch lange nicht zu Ende. Die Aufstandsgebiete im Osten werden auf die Hilfe Rußlands hoffen können.

Und auch Poroschenko wird, will er an der Macht bleiben und der ukrainische Putin werden, nicht ohne Putins Hilfe auskommen. Zugleich müssen sich die ukrainischen Oligarchen zum eigenen Machterhalt ihm unterordnen. Vielleicht macht diesen Job aber auch noch ein anderer als Poroschenko. Die Alternative wären somalische Verhältnisse (oder afghanische, libysche, malische...).

GERD MARKMANN

Als Oligarchen werden in den neokapitalistischen Ländern im Bereich des einstigen »realen Sozialismus« die ökonomisch und politisch bestimmenden, mithin die reichsten Vertreter der nach 1990 emporgelassenen Klasse der Kapitalisten bezeichnet. Im alten kapitalistischen Westen heißen diese Oligarchen anders. Eigentlich haben sie hier gar keinen Namen. Sie gehen auch nur ganz selten selber in die Öffentlichkeit oder gar auf die Bühne der Politik. Sie haben die politischen Parteien, die ihre Interessen umsetzen, und halten sich selbst meist im Hintergrund. Ihre gesellschaftliche Macht übersteigt jene der »Oligarchen« dennoch um Potenzen.

Landtagswahlkampf:

Praktikum in der Kita Spielhaus in Blumberg

Der Landtagsabgeordnete Dr. Michael Luthardt wird am 10. September noch einmal ein Praktikum in einer Barnimer Kita absolvieren. Diesmal ist er ab 7.30 Uhr in der Kita Spielhaus in Blumberg, Schloßstraße 7, um die Erzieherinnen einen Tag lang bei der Betreuung der ganz Kleinen (1 -3 Jahre) zu unterstützen.

Für die größeren Kinder wird es ab 9.30 Uhr eine von Dr. Luthardt organisierte Aufführung eines Mitmachtheaters geben. Der Wandlitzer Künstler Niels Neudeck zeigt den Kindern erlebnisreich, wie Effekte in Film und Fernsehen erzeugt werden.

CINDY PANZER

Aufruf zur Versöhnung zwischen Ukrainern und Russen

Friedensappell ehemaliger sowjetischer Kriegsgefangener

Wir Veteranen der Roten Armee gerieten als Frontkämpfer in deutsche Gefangenschaft. Wir sind Überlebende eines Menschheitsverbrechens, dem über drei Millionen unserer Kameraden zum Opfer fielen. Wir überlebten, weil wir solidarisch waren. Russen, Belorussen, Ukrainer, Kaukasier, Mittelasiaten teilten das gleiche Schicksal in den Lagern der Wehrmacht und halfen sich brüderlich. Wir alle riefen nach der Befreiung daßelbe: NIE WIEDER KRIEG!

Es ist eine einfache Lehre, die wir aus unserer harten Lebensgeschichte ziehen: Nationaler Egoismus, Nationalismus ist die Keimzelle des Unfriedens zwischen Nachbarvölkern. Die Deutschen haben dies gelernt und leben in friedlicher Union mit ihren einstigen Feinden. Wir sowjetischen Kriegsveteranen glaubten nach der Befreiung, alle Bürgerinnen und Bürger unserer multinationalen Union hätten als Überlebende und Besieger des faschistischen Terrors umso mehr gelernt. Unvorstellbar war der Gedanke, daß sich dereinst unsere Völker in Haß und nationalem Dünkel gegenüber ständen. Es heißt, wir seien Brudervölker. Wer ist hier Kain, wer Abel? Die Medien beider Länder nennen die einen »Terroristen«, die anderen »Faschisten«.

Besinnt Euch! Erstickt Euren Haß, redet miteinander statt aufeinander zu schießen! Blickt zurück: Krieg und Stalinismus belasteten Russen und Ukrainer gleichermaßen. Die Nazis wollten uns gegeneinander hetzen, um beide Seiten besser zu beherrschen. Wo es ihnen gelang, floß auf beiden Seiten Blut. Ihr jungen Leute mit der Kalaschnikow in ungeübter Hand, respektiert Eure Großväter, die mit ihrer Waffe einen wirklichen Feind vertrieben. Hört auf uns, die in faschistischen Lagern das wenige Brot miteinander teilten. Benehmt Euch wie Mitglieder einer Familie, in der man sich streitet im Bewußtsein gegenseitigen Respekts und sich wieder verträgt.

Macht endlich Frieden miteinander!

NIKOLAJ LEBEDEW, Russland
SEMJON IWTSCHENKO, Ukraine

Zum Friedensappell ehemaliger sowjetischer Kriegsgefangener:

Dieser Brief wurde am 1. September 2014 an mehrere Dutzend ehemaliger Kriegsgefangener nach Rußland und zur Ukraine per Post mit dem Vorschlag geschickt, ihn zu unterschreiben. Rückmeldungen können erst in ca. 5 Wochen erwartet werden. Angesichts der Dringlichkeit in der gegenwärtigen Situation veröffentlichen wir den Appell schon mit den beiden ersten per Email gesendeten Unterschriften des bekannten Moskauer Schauspielers Nikolaj Lebedew und aus Poltawa (Ukraine) von Semjon Iwtschenko (230. Freitagsbrief). Der in Russisch und Ukrainisch verfasste Appell wird an Medien beider Länder verschickt.

(www.freitagsbriefe.de)

E.RADCZUWEIT, D.STRATIEVSKI

Kitabetreuung Glückssache?

Chaos in der Stadtverwaltung - junge Eltern von HARTZ IV bedroht

Kinder sind die Zukunft der Gesellschaft, unsere »Altersvorsorge«. Dennoch haben es junge Eltern in Eberswalde nicht einfach. Zumal, wenn sie berufstätig sind. Vor sie türmen sich hausgemachte bürokratische Hürden. So ging es beispielsweise Amelie und Richard Wagner*:

»Unser Sohn wird im Herbst 3 Jahre alt. Bisher wurde er von einer Tagesmutter betreut, da die Stadt Eberswalde vor anderthalb Jahren nicht in der Lage war, ihn in einer Kita unterzubringen obwohl beide Elternteile berufstätig sind und auch zum damaligen Zeitpunkt waren.« Ab dem dritten Lebensjahr darf ein Kind nicht mehr von Tagesmüttern betreut werden. Es gibt einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz.

Die Wagners stellten daher schon im Februar des Jahres bei der Stadt Eberswalde einen Antrag für einen Kitaplatz ab September. Da die große Schwester ab diesem Schuljahr zur Schule geht, war es Wunsch der Wagners, daß der Junge die städtische Kita besucht, in der die Schwester in den Hort geht.

»Uns wurde mitgeteilt, daß die Stadt Eberswalde Ende Mai rechtsgültig darüber Auskunft geben wird, ob und welche Kita unser Sohn besuchen darf. Im Mai hieß es dann, daß die Auskunft erst Ende Juni möglich ist«, sagt Richard Wagner. »Bei einer persönlichen Vorsprache Ende Juni wurde mir mitgeteilt, daß vor Mitte August (!) keinerlei Entscheidungen fallen könne, da es verschiedene Probleme gebe, wie zuviele Anträge, kein Personal, fehlende Rückmeldungen von den Kitas usw. Also alles Gründe die 'hausgemacht' sind! So geht das nicht.«

Die Stadt ist also nicht in der Lage fristgemäß zu agieren! Zwei Wochen vor Beginn des Kita Besuches gibt es noch keine rechtsverbindliche Auskunft – trotz des Rechtsanspruches auf einen Kitaplatz.

Dabei haben die Wagners noch mit einem besonderen Problem zu tun. Denn der Vertrag über die Betreuung mit einer Tagesmutter ist mit dem Landkreis Barnim abgeschlossen und muß drei Monate im voraus gekündigt werden. Bei rechtzeitiger Kündigung mußten sie der Gefahr ins Auge blicken, daß sie plötzlich ohne Betreuung für ihren Sohn da stehen. Wartet Familie Wagner mit der Kündigung, müssen sie womöglich drei Monate lang doppelte Gebühren für den Kita-Platz an die Stadt und für die Tagesmutter an den Landkreis bezahlen.

Hinzu kommt, daß im Normalfall mit einer Woche »Eingewöhnung« zu rechnen ist. Während dieser Eingewöhnungszeit muß ein Elternteil immer in Rufweite sein. Das muß mit dem Betrieb abgesprochen sein, was aber meist nicht so ohne weiteres von heute auf morgen möglich ist.

Schließlich: »Gibt es keinen Kitaplatz, muß zwecks Kinderbetreuung einer von uns beiden seinen Job kündigen. Da wir beide zum arbeitenden akademischen Prekariat gehören, muß dann ergänzend HARTZ IV beantragt werden, das weder in unserem noch im Interesse der Stadt Eberswalde liegen dürfte.«

Auf Beschwerdebriefe hatten weder die Jugendamtsleiterin Kerstin Ladewig noch Bürgermeister Friedhelm Boginski in angemessener Frist reagiert.

GERD MARKMANN

*Namen von der Redaktion geändert.

»Ich flitze für B.«

Wahlkampf auf Stadtkosten

Mit sportlichem Fairplay hat es wenig zu tun. Ingo Postler, der engste persönliche und einst berufliche Mitsstreiter des FDP-Bürgermeisterkandidaten Friedhelm Boginski, verteilte beim 8. Eberswalder Stadtlauf – eine Woche vor den Bürgermeisterwahlen – Aufkleber mit der Aufschrift »Ich flitze für Boginski« an scheinbar bürgermeisternahe Läufer, Unterstützer und Organisatoren.

Friedhelm Boginski ist der offizielle Schirmherr des Eberswalder Stadtlaufes. Als Bürgermeister wohl gemerkt, nicht als Bürgermeisterkandidat der FDP. Die Stadt Eberswalde wirbt im relevanten Flyer mit ihrem Logo. Es ist davon auszugehen das die Stadt diesen Lauf auch finanziell unterstützt. Es gibt Verwaltungsrichtlinien des Landes, nach denen Amtsinhaber vor Wahlen zu einer besonderen Zurückhaltung verpflichtet sind.

Um so bemerkenswerter ist es, daß der 8. Eberswalder Stadtlauf zur aktiven Wahlkampfwerbung für den Amtsinhaber im Eberswalder Rathaus mißbraucht wurde.

Die Vorstände der beteiligten großen Eberswalder Sportvereine aber auch das Team der Organisatorinnen und Organisatoren des Eberswalder Stadtlaufes müssen sich kritisch hinterfragen, inwieweit hier partei- und kommunalpolitische Neutralität gewährleistet ist. Oder befinden sie sich etwa in persönlichen und finanziellen Abhängigkeiten gegenüber dem amtierenden Bürgermeister? Wie dem auch sei, das Grundanliegen des Stadtlaufs, das gemeinschaftliche Sporttreiben und die Fitneß der Eberswalderinnen und Eberswalder zu fördern, wird damit konterkariert.

CARSTEN ZINN

Im Zeitraum vom 8.3. - 28.5.2004 habe ich als damals 23-jähriger Student nach Rücksprache mit Kurt eine umfassende Vergleichsstudie zum Bodenleben angefertigt (BBP 5/2004). Dazu haben wir die Anzahl und Vielfalt der Bodenorganismen im Mulchgarten mit anderen Flächen verglichen und bewertet. Bei den verschiedenen Untersuchungen, von denen 4 im Bad Freienwalder Total-Mulch-Garten, 3 in anderen Mulchgärten, 2 in naturnahen Gartenanlagen und 2 auf landwirtschaftlichen Ackerflächen stattfanden, konnten enorme Unterschiede nachgewiesen werden, die aussagekräftige Schlußfolgerungen zulassen. Eine der Aufsehen erregendsten Tatsachen war hierbei die Feststellungen, daß im Bad Freienwalder Mulchgarten die Zahl der Bodenlebewesen bis zu 74-fach höher liegt als auf einer konventionell bewirtschafteten Fläche, die gepflügt und mit Mineraldünger sowie Pflanzenschutzmitteln behandelt wird. Für Kurt und mich war das ein eindrucksvoller Beweis dafür, daß die Mulchmethode Wirkung zeigt und der Mulchgarten ein Modell für eine nachhaltige und zukunftsweisende Form der Landnutzung darstellt. Alle wichtigen Erkenntnisse, Ergebnisse und Schlußfolgerungen faßte ich in einem anschaulichen Beitrag zusammen. Diese Ausarbeitung stellten wir anschließend verschiedenen Einrichtungen, Institutionen, Fachexperten und Landwirten zur Verfügung, um die Bedeutung des Mulchens als schonende Bodenbewirtschaftungsform hervorzuheben. Mit einer Rundbriefaktion starteten wir hierbei eine regelrechte Kampagne, um fachliches und inhaltliches Interesse an unseren Forschungsergebnissen zu wecken. Mit großem Erfolg!



Verschiedene Umweltverbände wie der Nabu, aber auch ökologische Anbauverbände wie Naturland sowie einzelne Demeterlandwirte reagierten auf unsere Initiative mit einer positiven Resonanz. Ganz und gar überwältigt waren wir jedoch von der äußerst positiven Reaktion aus dem Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, damals geleitet von Renate Künast, und waren über einen persönlichen Brief vom damaligen Bundesumweltminister, Jürgen Trittin, ganz und gar ergriffen. Der Durchbruch schien damals nahe zu sein, so daß wir mit voller Motivation an weiteren Beiträgen feilten, zumal die ermittelten Erkenntnisse in diesem Umfang noch nie zuvor veröffentlicht wurden und bislang noch unerforscht blieben.

Erinnerungen an Kurt Kretschmann (Teil 3)

Die gute Saat der Kretschmanns

von Daniel Fischer

Durch die regelmäßige Mitarbeit und Überarbeitung zahlreicher Manuskripte konnten auf diese Weise zahlreiche Werke wie »Gedichte für Gartenfreunde«, »Gedichte gegen den Krieg« sowie viele Fachbeiträge zur naturgemäßen und bodenschonenden Gartenbewirtschaftung veröffentlicht werden. Die intensivste Phase der Zusammenarbeit ergab sich jedoch während eines Praxissemesters, welches ich dank Zustimmung durch die Eberswalder Hochschule im Freienwalder Mulchgarten absolvieren durfte.

In diesem Zusammenhang sei auch besonders Rudolf Behm, dem Eberswalder Diplomchemiker, Mulchgartenexperten und langjährigen Weggefährten der Kretschmanns, sowie seiner bereits verstorbenen Frau Edith Behm herzlich gedankt, da er mir auf wissenschaftlichem Gebiet viele hilfreiche Anregungen gab, die für unsere Arbeit von großem Nutzen waren und die Qualität unserer Beiträge nochmals steigern konnte. Die Besuche in seinem Eberswalder Mulchexperimentiergarten gaben immer wieder aufs Neue Anlaß zur Freude und stellten neben der engen Beziehung zu Kurt eine enorme Bereicherung dar, sowohl im menschlichen als auch im fachlichen Sinne.

Die Anfertigung der Studien zu den positiven Auswirkungen des Mulchens auf das Bodenleben war jedoch auch mit einem enormen Arbeitsaufwand verbunden. Man möge sich nur vorstellen, was es konkret bedeutet, all die vielen Regenwürmer, Springschwänze, Hundertfüßer und weiteren Bodentiere zu zählen.

Wir wandten hierbei eine von Kurt Kretschmann entwickelte Methode an, die leicht nachzuahmen ist und vergleichbare Untersuchungen ermöglicht. Dazu wurde ein Brettstück mit den Maßen 20 x 20 cm sowie ein Holzkasten benötigt, dessen Innenraum 20 cm breit, lang und hoch ist. Die Abmessungen wurden gewählt, weil sie das 1/25 eines m² darstellen und die Ergebnisse deshalb relativ einfach umgerechnet werden können. Außerdem wurde nur der Bestand an Bodenorganismen erfaßt, soweit er noch mit dem bloßen Auge erkennbar war. Trotz dieser methodischen Vereinfachung dauerte eine einzelne Untersuchung durchschnittlich etwa 10 bis 12 Stunden, zumal auf eine sorgfältige Arbeitsweise großen Wert gelegt wurde. Hinzu kam die Erstellung eines detaillierten Protokolls zu jeder Einzeluntersuchung, die Auswertung der Ergebnisse und das Schreiben von entsprechenden Artikeln. Aufgrund dieser Tatsachen bestand zwischenzeitlich die Sorge, ob mich diese anspruchsvollen Arbeiten nicht möglicherweise überfordern könnten, bei der auch sehr viel Geduld erforderlich war. Selbstverständlich habe ich mich nach jeder einzelnen Erhebung darüber gefreut, daß wir die jeweilige Untersuchung erfolgreich abschließen konnten und spannende Ergebnisse nun vorlagen.

Da wir neben der Praktikumsstätigkeit aber immer wieder auch zahlreiche Möglichkeiten zum persönlichen Austausch fanden, die sich über eine Vielzahl von Themen erstreckten,

konnte ich während dieser Zeit viele lebensprägende Anstöße erhalten, die meinen weiteren Lebensweg bestimmen sollten. Ich erinnere mich, wie ich am Ende des Tages mit tiefer innerer Freude und in energiegeladtem Zustand mich auf dem Weg zum Bahnhof zur Rückfahrt nach Eberswalde begab – oftmals pfeifend, vor mich her summend oder sogar singend. Die gesammelten Eindrücke und Inspirationen des Tages entfalteten eine positive und nachhaltige Wirkung in mir, so daß ich mich bereits auf das nächste Wiedersehen freute.

Das gegenseitige Verhältnis zwischen mir und Kurt war mit einer Symbiose vergleichbar und zeichnete sich durch gegenseitiges Geben und Nehmen sowie ein tiefes Vertrauen aus. Als junger Mensch schenkte ich Kurt meine Zeit und Aufmerksamkeit, bot meine Unterstützung an, wo immer es mir möglich erschien, und war stets dazu bereit, seinem Vorbild zu folgen. Wo es mir sinnvoll erschien, brachte ich auch eigene Vorschläge ein, um der gemeinsamen Sache zu dienen. Kurt hingegen, ließ mich an seinem breiten, persönlichen Erfahrungsschatz teilhaben, schenkte mir viele seiner Broschüren, Zeitschriften und Bücher und lud mich zu verschiedenen Anlässen nach Bad Freienwalde ein. Wir besuchten den Naturgarten Sachsenhof und auch das Storchmuseum in Altranft. Ein anderes Mal erhielt er selbst externen Besuch, z.B. vom Fernsehredakteur Hartmut Sommerschuh oder dem damaligen Landesvorsitzenden des Nabu Brandenburg und Leiter der Abteilung Großschutzgebiete beim Landesamt für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, Dr. Hartmut Kretschmer. Weitere Höhepunkte waren der Besuch des Brandenburgischen Umweltministers Wolfgang BIRTHLER sowie des damaligen Bundesumweltministers Jürgen Trittin im Haus der Naturpflege. Kurt wollte, daß ich an diesen Treffen teilnahm. Ich fühlte mich geehrt, daß ich ihn bei diesen besonderen Anlässen begleiten durfte und die Geschehnisse aus nächster Nähe verfolgen konnte. Kurt verband hiermit das Ziel, mich mit unterschiedlichen Persönlichkeiten aus den Bereichen Politik, Medien, Wissenschaft und natürlich auch aus dem Umwelt- und Naturschutz bekannt zu machen. Kurt wollte auf diese Weise meine Entwicklung fördern und mich in Naturschutzkreisen vorstellen, ähnlich wie es wahrscheinlich bei seinem langjährigen Freund, Weggefährten und Ziehsohn, Prof. Dr. Michael Succow, der Fall war.

Fortsetzung folgt

Finowkanal:

Petition an den Brandenburger Landtag

Derzeit sieht es für den Finowkanal noch dramatischer aus als schon bisher. Die Brandenburger Landesregierung hat kürzlich den Wassertourismus ganz aus ihrer Prioritätenliste gestrichen (Stichwort: »Operationelles Programm«).

Die EU sagt nun, wenn Brandenburg also nicht mehr am Wassertourismus interessiert ist, dann brauchen wir ja auch keine Steuer-millionen dorthin auszureichen. Mit anderen Worten: EU-Fördermittel etwa für die Sanierung und den Erhalt der Schleusen sind künftig noch schwieriger zu bekommen als je zuvor.

Unsere letzte Chance, diese fatale Entscheidung rückgängig zu machen, ist eine Petition an den nächsten Brandenburger Landtag, der dann in vermutlich anderer Besetzung die Gelegenheit neu behandeln wird.

Ohne Schleusen kein Wassertourismus auf dem Finowkanal, und ohne Wassertourismus keine wirtschaftliche Entwicklung, keine neu-

en Arbeitsplätze und kein Zuzug in unserer Region. Und ohne massive Petition keine Neubewertung.

Unser Mitglied Danko Jur hat deshalb eine Petition verfaßt, und ich bitte Sie herzlich, zu unterschreiben und nach Möglichkeit in Ihrem Umfeld so viele weitere Unterschriften zu sammeln wie eben möglich. Wenn sich alle beteiligen, haben wir schnell ein paar Tausend Unterschriften beisammen.

Die brauchen wir, um im neuen Landtag Gehör zu finden. Bitte tragen Sie mit dazu bei, daß unserer Region diese einmalige Chance nicht verloren geht.

Prof. HARTMUT GINNOW-MERKERT

Brückenabriß geplant

Eberswalde (bbp). Die Brücke über die Schwärze zwischen Tierpark und Schwappachweg ist seit geraumer Zeit wegen morscher Stellen im Bohlenbelag gesperrt. Wie die Baudezernentin Anne Fellner vor der Sommerpause auf Nachfrage des SPD-Stadtverordneten Daniel Kurth informierte, ist geplant, die Brücke abzureißen.

Vor 20 Jahren seien im Rahmen von ABM viele Holzbrücken gebaut worden, die inzwischen zum Teil verschlissen sind, sagte die Dezernentin. »Alle können wir nicht ersetzen. Daher schauen wir, wo es akzeptable Umwege gibt und entscheiden danach, welche Brücken wir ersetzen und was wir ersatzlos wegfallen lassen.« Anne Fellner verwies auf den neuen Rad- und Fußweg der »Erlebnisachse Finowtal«. Das sei ein unkomplizierter Umweg, auf den auch eine Informationstafel hinweist.

Daniel Kurth sieht in der Brückensperrung eine Gefahr für die touristische Erschließung. Betroffen ist beispielsweise die schöne Wanderroute zum Herthafließ (BBP 9/2012).

Besagte Schwärzebrücke ist übrigens keine Schöpfung der diversen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der 90er Jahre sondern deutlich älter. Landkarten von 1930 zeigen Weg und Brücke bereits. Wahrscheinlich gab es sie schon lange vor dem Ersten Weltkrieg, als das Schwärzetal zwischen Zainhammer Mühle und dem 1795 erbauten Wasserfall zu einer parkähnlichen Anlage ausgebaut wurde. Ab 1840 fanden dort die berühmten von Franz Mücke organisierten Sängerveranstaltungen statt.



Wie wichtig die Brücke ist, zeigte sich am 6. August. An diesem Tag versank in der Nähe der Brücke ein Mann im morastigen Uferbereich der Schwärze. Wie die lokale Tageszeitung berichtete, hatte ein Patient des Werner-Förßmann-Krankenhauses einen Spaziergang gemacht. Wahrscheinlich hatte er versucht, angesichts der gesperrten Brücke die Schwärze zu durchwaten. Der Eingesunkene verbrachte eine ganze Nacht im Moor, ehe am nächsten Vormittag ein Wanderer die Hilferufe hörte. Zwanzig Einsatzkräfte der Eberswalder Berufs- und der Freiwilligen Feuerwehr gelang es schließlich, den Mann aus dem Sumpf zu befreien.

Bäume statt Plakate

»Wahlversprechen« der Wandlitzer Grünen

In diesen Tagen sind die Straßen wieder vollgeplakatiert mit Wahlplakaten. Die Grünen in Wandlitz hatten bereits im Mai zur Kommunalwahl entschieden, auf solch eine Materialschlacht zu verzichten. An Stelle dessen sollte lieber ein Baum gepflanzt werden. Dieses Versprechen wurde am 29. August eingelöst. An der Ecke Prenzlauer Chaussee/Langer Grund in unmittelbarer Nähe zum Wandlitzsee, wurde feierlich eine Esche in die Erde gebracht.

Die Parteienforscher sind sich uneins darüber, welche Wirkung Plakatwerbung an den Straßen tatsächlich hat. Fakt ist, daß sie einen großen Energie- und Ressourcenverbrauch erzeugt. Das wollen wir in dieser Form nicht mitmachen. Deshalb verzichten wir in Wandlitz auch zur Landtagswahl auf die üblichen Straßenplakate und beschränken uns auf eine Großtafel am Ortsrand.

Statt der ausufernden Plakatierung versuchen wir ein Zeichen dagegen zu setzen. Im Laufe ihres Lebens wird unsere Esche der Atmosphäre bis zu 40 Tonnen CO₂ entziehen. Auf diese Weise wird unser Wahlkampf verbunden mit einem wirksamen Beitrag für den Umweltschutz.

Zudem werden wir in der nächsten Sitzung der Gemeindevertretung Wandlitz eine Änderung der Hauptsatzung beantragen, die darauf zielt, die Wahlwerbung der Parteien in Wandlitz stark einzuschränken. Gern würden wir Grüne mit den Wandlitzer Bürgern zu diesem Thema in einen Meinungsaustausch treten.

STEFAN BÖHMNER

Stadtschokolade

Ab September wird es eine ganz besondere Schokolade geben: die Eberswalder Stadtschokolade! Dabei handelt es sich um ein sehr hochwertiges Produkt: handgeschöpfte Schokolade, bio & fair, der Sorte Nougat Variation, eigene Edition. Das Titelbild der Banderole wurde vom bekannten Barnimer Künstler Andreas Bogdain gestaltet, auf der Innenseite befindet sich ein kurzer Text zum Fairen Handel und zur Fairtrade Stadt Eberswalde.

Mitte September finden deutschlandweit die Fairen Wochen statt. Wir möchten diesen Aktionszeitraum aufgreifen und die Schokolade offiziell vorstellen. Seit Juni darf Eberswalde als erste Stadt in Brandenburg den Titel »Fairtrade-Town« tragen. Viele Kriterien wurden erfüllt, um dieses Zertifikat zu erhalten. Die Auszeichnung war aber nur ein erster Meilenstein. Ein nächster wichtiger Schritt ist die erste eigene Stadtschokolade. Sie ist für alle Eberswalder und Eberswalderinnen, für sie selbst oder ein faires Mitbringsel, für alle Besucher und Besucherinnen der Stadt und ein tolles Gastgeschenk. Wir hoffen, daß die Idee einer eigenen fairen Stadtschokolade auf große Resonanz stößt!

TORSTEN PELIKAN

WAS IST WICHTIGER?

Was ist wichtiger als Musik? STILLE.
 Was ist wichtiger als Arbeit? BEZIEHUNGEN.
 Was ist das Wichtigste in einer Beziehung? RESPEKT.
 Was ist wichtiger als Sex? ZÄRTLICHKEIT.
 Was ist wichtiger als Gott? LIEBE.
 Was ist wichtiger als Liebe? Das VERGESSEN.
 Was ist wichtiger als das Vergessen? Ein gutes BUCH.
 Was ist wichtiger als ein Buch? Eine gesegnete MAHLZEIT.

J.G.

Lohngerechtigkeit

Am 1. September luden die Jusos Barnim und die SPD Panketal zum »Bürgerdialog Lohngerechtigkeit« ein. Zu Gast waren neben zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern auch die SPD-Landtagsabgeordnete Britta Stark, der Unternehmer Torsten Birkholz von M + R Filtermedien, David Fischer, Jugendsekretär des DGB Berlin-Brandenburg sowie der Vorsitzende der Jusos Barnim Florian Görner.

»Wir werden in den auch in den kommenden Jahren das wichtige Thema Lohngerechtigkeit nicht aus den Augen lassen«, so Richard Specht, Initiator und Moderator der Veranstaltung.

Es gab nach der Eröffnung einen kurzen Überblick der derzeitigen Lohnsituation in Deutschland, an die sich eine interessante Diskussion anschloß. Dabei wurde die Zukunft des Mindestlohnes ebenso diskutiert, wie Antworten auf die Fragen gesucht wie man Ausbeutung junger Menschen verhindern kann und was muß getan werden damit es für jeden im Alter reicht.

Die Initiativen der Landesregierung in der jetzt endenden Wahlperiode fanden große Zustimmung. »Da müssen wir ansetzen und weitermachen«, so die stellvertretende Landesfraktionsvorsitzende Britta Stark. Der Vertreter des DGB David Fischer nannte die Notwendigkeit diese Lohnuntergrenze von 8,50 Euro ständig neu zu prüfen und in den nächsten Jahren kontinuierlich zu erhöhen. Torsten Birkholz als Arbeitgeber berichtete über die Bedingungen in seinem Betrieb: Zurzeit ist ein Anstieg in der Motivation festzustellen, welches sich auf ein besseres Betriebsklima durch die kommenden Lohnerhöhungen zurückführen läßt.

RICHARD SPECHT

Brand und Katastrophen

Eberswalde (prest-ew). Am 14. August hat Brandenburgs Innenminister Ralf Holzschuher (SPD) in Eberswalde mit Vertretern der Verwaltung, Feuerwehren und aktiven Hilfsorganisationen über die Zukunft des Brand- und Katastrophenschutzes im Barnim gesprochen. Eingeladen zu der Fachrunde zum Thema Bevölkerungsschutz, an der auch Amtsdirektor Dirk Protzmann aus Joachimsthal teilnahm, hatte der Landessprecher des Technischen Hilfswerkes Daniel Kurth (SPD).

Der Eberswalder Bürgermeister Friedhelm Boginski (FDP) sprach sich dabei für eine stärkere finanzielle Unterstützung der Berufsfeuerwehr durch das Land aus. »Unsere Berufsfeuerwehr ist für die Stadt unverzichtbar, wir erfüllen aber auch viele Aufgaben für die Nachbargemeinden und die Region. Das muß finanziell stärker berücksichtigt werden.« Fragen der Finanzierung des Personals, Ausstattung wie Ausbildung der Feuerwehren und Hilfsorganisationen standen bei dem Fachgespräch ebenso im Vordergrund wie der Mangel an Nachwuchskräften. Die Bevölkerung müsse mehr sensibilisiert und bei der Selbsthilfe unterstützt werden.

Bundestagswahl 2013 – und was dann? (Teil 11)

Kampf um die 35-Stunden-Woche

von Dr. Rainer Thiel

Im vorigen Teil haben wir versucht, den Wesensgehalt des Grundgesetzes zu skizzieren. Um seine eigene Entwicklung als Gesamtheit freier und solidarischer Persönlichkeiten zu garantieren, muß das Volk Ansätze finden. Deshalb möchte ich über drei Ansätze A), B), C) berichten, die es schon gibt. Wenn der Bericht geschafft ist, werde ich mit ein paar Zeilen zusammenfassen, und danach kommt der Ausblick: »Was brauchen wir noch?« Doch zunächst der Rückblick A):

A) Der DGB 2011 hatte gefordert: »Vermögenssteuer oder -abgabe? Beides!« (»Klartext« Nr. 41/2011) Doch der DGB ist schwach geworden, schon seit langem. Nicht etwa altersschwach. Ganz und gar nicht. Und die Vorstände der Gewerkschaften haben nach wie vor zwei Hände. Doch seit langem nutzen sie nur eine Hand. Wie das? Für Tariflohn reichte eine Hand zur Zeit des »Wirtschaftswunders«. Doch in den siebziger Jahren begann die Zahl der Arbeitslosen zu steigen. Da meldete sich – im Jahre 1977 – ein Professor von der Freien Universität (West-)Berlin, Fritz Vilmar. Er gab den Gewerkschaften zu bedenken wegen der »industriellen Reserve-Armee«, die aus den Erwerbslosen gebildet wird: »Das Vorhandensein einer industriellen Reservearmee erzeugt Existenzangst auch bei den (noch) nicht Arbeitslosen, schwächt die Organisations- und Kampfbereitschaft der Arbeitnehmer und erzeugt unaufhörlich die demagogische Forderung nach gewerkschaftlicher 'Lohndisziplin', da sonst noch weitere Zehntausende von Arbeitsplätzen wegrationalisiert würden. Warum auch Gewerkschaftsführungen hierzulande bislang meist nur relativ zaghaft die Strategie der Arbeitszeitverkürzung befürwortet haben« (zitiert von Professor Heinz Bontrup u.a. in einem Büchlein von Attac, Seite 22). Und dort auf Seite 23: »Der erste Streik um die 35-Stundenwoche wurde 1978/79 in der Stahlindustrie geführt.«

Davon erzählt nun Jakob Moneta, viele Jahre lang der Chef für Öffentlichkeitsarbeit der IG Metall. In seiner Zeitung war 1978 auch informiert worden: Allein schon wegen technischer Fortschritte ist 1985 »jeder dritte Stahlarbeiterplatz in Gefahr. Jeder dritte Stahlarbeiter wird seinen Arbeitsplatz verlieren, wenn die Arbeitszeit nicht drastisch reduziert wird« (In seinem Buch »Die Streiks der IG Metall« Seite 70). Die Tarifkommission der IG Metall rang mit den Stahl-Industriellen. 40 000 Arbeiter und Angestellte aus 9 Betrieben traten in den Streik, das erste Mal seit 50 Jahren. Die Stahl-Barone reagierten mit Aussperrung und lehnten Arbeitszeitverkürzung ab.

Später können Professor Bontrup und Gefährten feststellen: »1995 wurde die 35-Stunden-Woche endgültig in der Metall- und Druckindustrie eingeführt.« Das war schon ziemlich spät.

Doch kurz zuvor die Auflösung der DDR. Die westdeutschen Unternehmen hatten



17 Millionen neue Kunden und einen Markt bis zum Stillen Ozean im Handstreich gewonnen. Da florierte das Geschäft. Aber die Vorstände der Gewerkschaften hatten Fritz Vilmar und Jakob Moneta vergessen. Eine ihrer beiden Hände steckten sie wieder in die Tasche: Höhere Löhne ja, doch nichts von Arbeitszeitverkürzung. Längst sind wir schon wieder bei der 41-Stunden-Vollzeit-Arbeitswoche, und doppelt so viele Menschen wie Statistiker behaupten sind erwerbslos!!! Aber die Jobbenden und die Erwerbslosen beneiden sich gegenseitig um ihr Schicksal. Gegenseitige Feindschaft wird geschürt. Und deshalb wurde es selbst mit den Tarifen immer schwieriger, denn die sog. Arbeitnehmer sind erpressbar geworden wie nie zuvor.

So ist das, wenn man nicht seine beiden Hände nutzt. Gegenwärtig köcheln die Gewerkschaften am Rande ihrer einstigen Domäne. Auch davon könnte ich erzählen.

Wozu hätten die Vorstände ihre zwei Hände benutzen müssen? Sie sind zumeist der SPD gefolgt, denn auch sie hat das Grundgesetz unterlaufen. Das große Kapital aber steuert die Politik, die Gesetzgebung, die Regierungen, manchmal ganz direkt durch seine Leute in den Ministerien, und es steuert die »Mitwirkung von Parteien bei der Willensbildung des Volkes«. Nun muß endlich die Rolle des großen Kapitals außer Wirkung gesetzt werden. Das geht nur noch, indem man das große Kapital, außer Eigentum setzt. Deshalb die vorstehenden 10 Forderungen. Mitsamt Entlassung der Parteien in den Ruhestand. Vierundsechzig Jahre sind genug.

Fortsetzung folgt

Barnimer Bürgerpost abonnieren!

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de Tel.: 0 33 34 / 35 65 42, Fax: 0 33 34 / 25 92 10

Transition-Tag Berlin-Brandenburg

Die Initiative WandelBar lädt herzlich ein zum zweiten Transition Tag Berlin Brandenburg am Samstag dem 13. September 2014 in Eberswalde.

Wie kann Leerstand kreativ und kulturell genutzt werden? Wie kommen Zeichen des Wandels in den öffentlichen Raum? Wie können Gärten in der Stadt wieder entstehen? Wie können leerstehende Gebäude gemeinsam genutzt werden? Wie finden Repair Cafés oder Offene Werkstätten einen Ort? Wie können neue Kooperationen mit den Eigentümern oder der Stadtverwaltung aussehen? Wie können Flächen, auf denen nicht-kommerziell Lebensmittel angebaut werden – wie z.B. Kleingärten erhalten oder wiederbelebt werden? Wie kann zum Tauschen und Schenken ein Ort gefunden werden? Wie kann städtisches Brachland in Gemeinschaftsgärten verwandelt werden? Wie können Themen wie Resilienz, Artenvielfalt oder Selbstversorgung wiederkehren?

Um diese Themen geht es von 15 bis 18 Uhr im »Open Space« mit dem Schwerpunktthema »Öffentliche Räume kooperativ nutzen, Zusammenarbeit, Vernetzung«. Die Diskussion findet im Funktionsgebäude des Forstbotanischen

Gartens statt. Die verschiedenen Transition-Gruppen aus Berlin und Brandenburg treffen bereits ab 10 Uhr am Bahnhof in Eberswalde ein. Von dort geht es dann in den Kieztreff »Schöpfwerk« in Westend (vgl. BBP 8/2014).

Dort gibt es von 11 bis 13 Uhr folgende Angebote: Stadtrundgang Stadtwandel, Traumreise (nach J. Macy), Saft pressen mit Open Source Saftpresse, Projektwerkstatt Schöpfwerk erleben. In der anschließenden Mittagspause funktioniert die Versorgung nach dem Potluck-Prinzip. Jeder bringt etwas zu Essen fürs Buffet, Teller, Becher und Besteck mit. Nach dem »Open Space« gibt es um 18 Uhr Abendessen von der Radküche: Regionale Spezialitäten serviert am Lastenrad.

Der Tag klingt am Lagerfeuer im Tipi aus. Unter Nutzung der mobilen Soundbox, einem Produkt des DJ Dowan legt Musik auf mit der mobilen Soundbox, die am Freiwilligentag im Mai in der »Offenen Werkstatt« entstanden war (BBP 6/2014).

wandelBar

Über wandelBar:

WandelBar ist eine von weltweit ca. 1000 Transition Town-Initiativen, mit der Bürgerinnen und Bürger regionalen Wandel auf den Weg bringen. Im Kontext von Klimawandel und Ressourcenkrisen werden nachhaltige Konzepte vor Ort umgesetzt. Mit positiven Zukunftsbildern werden die Herausforderungen, vor denen wir stehen, angenommen und gemeinsam eine lebenswerte Zukunft gestaltet. WandelBar ist in Eberswalde u.a. mit der Aktion »Grüner Bahnhof« im Mai 2012 bekannt geworden.
<http://stadt-und-land-im-wandel.de/>

»Mieten müssen bezahlbar bleiben«

Mietpreisbremse für 30 Kommunen von Bernau über Falkensee bis Zeuthen –

Am 1. September trat in Form einer Verordnung der Landesregierung für 30 Kommunen in Brandenburg eine Mietpreisbremse in Kraft. Vermieter dürfen dort die Miete bei bestehenden Mietverträgen innerhalb von drei Jahren nur um maximal 15 Prozent anheben, bisher sind 20 Prozent erlaubt. Die Höhe der ortsüblichen Vergleichsmiete darf nicht überschritten werden.

Baumminister Jörg Vogelsänger betont: »Mieten müssen bezahlbar bleiben, gerade für Familien mit geringem Einkommen. Dort, wo die Mietpreise stark angestiegen sind, wollen wir die Bremse ziehen. Das betrifft Potsdam und vor allem Kommunen im Speckgürtel. Wir tragen dazu bei, die soziale Schere im Land nicht zu weit auseinander gehen zu lassen.« Die mit Inkrafttreten des Mietrechtsänderungsgesetzes geschaffene Möglichkeit, für bestimmte Gebiete mit angespannten Wohnungsmärkten die Mieterhöhungsmöglichkeiten bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete innerhalb von drei Jahren auf 15 Prozent statt 20 Prozent zu begrenzen, wird mit der Verordnung nun auch in Brandenburg genutzt. Die Länder Berlin, Hamburg, Bayern und Nordrhein-Westfalen machen ebenfalls von der Ermächtigung Gebrauch.

Durch ein Gutachten hatte das Ministerium die Wohnungsmarktdaten analysieren lassen. Es wurden die Gebiete ermittelt, in denen es zu wenige günstige Mietwohnungen gibt. Im Er-

gebnis erfüllen 30 Gemeinden die Voraussetzungen für eine Mietpreisbremse (Absenkung der Kappungsgrenze). Für diese Gemeinden kann eine derzeitige und zukünftige Anspannung des Wohnungsmarktes gemäß § 558 Absatz 3 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) unterstellt werden (Mieterhöhung bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete).

Der Verordnungsentwurf wurde mit den kommunalen Spitzenverbänden, den Wohnungswirtschaftlichen Verbänden und dem Mieterbund diskutiert. Die neue Verordnung greift bei laufenden Mietverträgen. Es handelt sich um eine rein zivilrechtliche Regelung, bei der die Mieter – wie bei allen Regelungen im Mietrecht – selbst prüfen können, ob der Vermieter die gesetzlichen Vorgaben einhält. Im Streitfall entscheiden die Gerichte.

THOMAS BRAUNE

Im Landkreis Barnim gilt die Mietpreisbremse in Bernau, Panketal und Werneuchen.

Dorfstraße in Klandorf:

Mehrheit gegen Ausbau

Die Einwohner von Klandorf, Ortsteil der Gemeinde Schorfheide, haben sich mit großer Mehrheit gegen den von der Gemeinde für 2017 geplanten Neubau und stattdessen für den Erhalt der historischen Dorfstraße ausgesprochen. Das ist ein bereits eindeutiges Ergebnis einer empirischen Untersuchung, die von der dafür eigens gegründeten Bürgerinitiative derzeit durchgeführt wird.

Ob der Bürgermeister sein Vorhaben gegen den Willen der Bevölkerung weiterhin durchsetzen und damit auf Grundlage der Straßenbaubeitragssatzung die finanzielle Existenz zahlreicher Anlieger auf's Spiel setzen will, muß er am 16.09.2014, um 19.30 Uhr, in der öffentlichen Ortsbeiratssitzung bei der Klandorfer Feuerwehr bekennen.

Die Bürger fordern gleichzeitig mit dem Erhalt der schützenswerten Pflasterstraße von der Gemeinde die Vorlage eines angemessenen, vernünftigen Verkehrskonzeptes für Klandorf und daß die Gemeinde ihren Pflichten zur Instandhaltung der Straßen in Klandorf nachkommt. Auch dafür liefert die Erhebung der Initiative bei den Grundstückseigentümern wertvolle Hinweise.

Alle Ergebnisse der Untersuchung werden den Bürgern in einer Diskussionsveranstaltung am 10. Oktober um 19 Uhr im Waldgasthof Perkuhn, Marienwerder weg 13 vorgestellt, zu der auch der Bürgermeister und der Ortsbeirat eingeladen werden.

LUTZ PAPROTH, ARNO GIELSDORF,
KLAUS WYREMBEK, KRISTIAN ZUNKE
für die »Initiative für den Erhalt der
historischen Dorfstraße in Klandorf«

Film und Tanz auf dem Platz

Eberswalde (bbp). Am 23. Juni befaßte sich ein Bürgerforum damit, wie der Potsdamer Platz zu einem Platz für alle werden kann. Die Ergebnisse liegen noch nicht öffentlich vor.

Aber es gibt bereits erste Versuche, mit kultureller Bildung auf dem Potsdamer Platz einige der Ideen umzusetzen. Das Eberswalder Zentrum für demokratische Kultur, Jugendarbeit und Schule e.V. war schon vor einem Jahr mit dem Theaterstück »PUNK A GONNY« am Potsdamer Platz präsent. Daneben gibt es eine rege Zusammenarbeit mit dem Hort Kinderinsel, der in unmittelbarer Nähe zum Potsdamer Platz seine Heimstatt hat. Dabei wird die Naturbühne vor der Schwärzeseeschule genutzt.

Das aktuelle Projekt ergänzt diese Aktivitäten. Im Oktober soll es eine Tanzperformance zur Vermessung des Raumes geben und der Film Kohlhaas oder die Verhältnismäßigkeit der Mittel aufgeführt werden. Über einen entsprechenden Förderantrag des Vereins berät der Sprecherrat Soziale Stadt am 8. September. Eine Befürwortung des städtischen Quartiersmanagements liegt bereits vor.

Blockade?

Immer wieder zeigte sich in der Geschichte, daß die Menschen von jeglichen Blockaden sich nicht einschüchtern und aus der Ruhe bringen lassen. Eines solcher Beispiele ist das von Beginn seiner Existenz einer Totalblockade durch die USA unterworfenen revolutionäre Kuba. Die Menschen in Kuba ließen sich nicht beirren. In diesem Jahr feierten sie das 55. Revolutionsjubiläum. Geschadet hat die Blockade den USA vor allem selber.

Und nun wird Rußland in ähnlicher Form »gestraft«. Den wirtschaftlichen Schaden der Sanktionen tragen hier allerdings weniger die USA, sondern vor allem die Länder der Europäischen Union, allen voran Deutschland. Um so mehr erstaunt in diesem Zusammenhang die verantwortungslose Politik der BRD-Regierung. Weniger überraschend ist, daß der oberste Repräsentant der Bundesrepublik, Bundespräsident Joachim Gauck, der einst ein Bürgerrechtler gewesen sein soll, nun offenbar als oberster Kriegshetzer der Republik in die Geschichte eingehen will.

Am 1. September, dem Weltfriedenstag, habe ich an der Veranstaltung des Eberswalder Bündnisses für den Frieden auf dem Marktplatz teilgenommen. Es hat mich erschüttert, daß der Deutsche Bundestag gerade am Weltfriedenstag den Waffenexport in ein Kriegsgebiet beschließt.

Und es ist schlimm und entsetzlich, daß eine Regierung, die sich an die Macht geputscht hat und schwere Artillerie und Raketen gegen die eigene Bevölkerung einsetzt, von unserer Regierung unterstützt wird und der Bundespräsident, dessen ureigenste Aufgabe doch ist, unser Land vor Schaden zu bewahren, versucht, Deutschland in den Krieg zu treiben.

Die Sanktionen gegen Rußland verpuffen weitgehend. Viele Länder machen diesen Unsinn nicht mit und werden wirtschaftlich profitieren. Es zeigt sich, welches Ansehen eigentlich Rußland in der Welt genießt. Da sind die sechs lateinamerikanischen Staaten, die sofort bereit waren, Handelsverträge für die Lieferung von Fleischwaren, Obst und Gemüse mit Rußland abzuschließen.

Auch aus Thailand in Südostasien hat sich Hilfe und Unterstützung angesagt. Dabei kommt neben dem wirtschaftlichen Eigeninteresse auch eine gute Portion Solidarität zu Rußland zum Ausdruck.

Was die USA mit den Verbündeten gegen Rußland inszenieren, funktioniert nicht mehr. Es hat sich langsam herumgesprochen, wer die Kriegstreiber sind. Es ist nicht der EU und der USA, sondern letztlich Rußland und Putin zu verdanken, daß aus dem inneren Bürgerkrieg in der Ukraine kein Weltbrand geworden ist.

Meint ihr, die Russen wollen Krieg?

Das russische Volk will Frieden und unterstützt mehrheitlich die kluge und zurückhaltende Friedenspolitik ihres Präsidenten Putin.

NORBERT GLASKE, DKP Oberbarnim

Taub und blind

Der Beitrag in der lokalen Tageszeitung »Mahnwache zum Weltfriedenstag« (MOZ, 3.9.2014) wäre allein Anlaß genug, zur Wiedergabe öffentlich vorgetragener Stimmung auf einer Demo durch die Medien kritisch zu polemisieren. Die Position der Demonstrierenden zur politischen Haltung der Bundesregierung bezüglich der furchtbaren militärischen Ereignisse (Massaker) in der Ukraine und im Nahen Osten neben den nachfolgenden Friedensgebeten in der Maria-Magdalenen-Kirche wurde doch genügend laut und sichtbar zur Kenntnis gegeben.

Aber das allein ist es nicht, was das Blut in den noch heilen Adern unserer gut genährten Leiber aufschäumen läßt – oder mehrheitlich nicht. Denn sonst wäre die Teilnahme an der Friedensmanifestation auf dem Eberswalder Marktplatz wohl etwas zahlreicher gewesen.

Es gilt nach wie vor bei der öffentlichen Meinungsmache: »Es kann nicht sein, was nicht sein darf«, und so war man sehr zufrieden über die geringe Beteiligung. Um so mehr hatten sich die Veranstalter, zu denen sich auch die Regionalgruppen des RotFuchs-Fördervereins und der DKP gesellt hatten, große Mühe gegeben, ihre Meinung zu äußern, wie man den Frieden eher als durch Waffengewalt erhalten bzw. wieder herstellen kann.



Daß ausgerechnet am 1. September, dem Weltfriedenstag, im Bundestag nach scheinheiliger demokratischer Gepflogenheit über Waffenlieferungen in umkämpfte kurdischer Krisengebiete als Hilfe gegen barbarische Kampfeinsätze aufgeputschter Islamisten im Norden Iraks baldowert wird, spricht jeder ernsthaften Friedensabsicht Hohn. Kein Wort darüber, daß es genauso aufgeputschte und finanziell und materiell von NATO und EU-Ländern unterstützte Faschisten und nationalistische Banden waren, die die Ukraine in ein Feuermeer, ein chaotisches, wirtschaftlich total zerrüttetes Land mit ungezählten Toten und Verletzten verwandelte, wie es in den vergangenen Jahren in so vielen Ländern des nahen Ostens und Nordafrikas der Fall war. Vom Dauerbrandherd Palästina/Israel gar nicht zu reden.

Das Chaos-Wort »Maidan« umschrieb das verbrecherische, von dunklen Geheimorgani-

sationen geschürte Vorgehen gegen die Reste einer ohnehin schon ruinösen Wirtschaft und hilflosen politischen Führung in der Ukraine.

Doch nun soll den Menschen eingepflegt werden, daß an allem die Russen schuld seien. Es ist ein Wunder, daß nicht das schon aus dem verbrecherischen zweiten Weltkrieg geläufige Wort »Iwan« als herabwürdigende Bezeichnung für die russischen Menschen gebraucht wird. Statt dessen steht jetzt »Putin«. Als ob er und nicht ukrainische Oligarchen á la Timoschenko die Tür zugeschlagen und einen Janukowitsch auf ganz »demokratische« Art aus dem Amt vertrieben haben. An dessen Stelle putschten sich solche Abgesandten des Bösen wie die US-Bestellten Jasenjuk und der Milliardär Poroschenko.

Das alles wird in nicht öffentlich aufgeführten Filmen und Wortbeiträgen dokumentiert. Wenn einer es will, kann er es sehen und hören. Ist aber nicht gewollt. Denn es schadet der »Demokratie« in unserem Lande.

Stattdessen läßt man, wie eben die MOZ z.B. nur gut gefilterte Dokumentationen oder Kommentare über diverse Medien auf die treugläubigen Landsleute herabrieseln und vergießt Krokodilstränen über die malträtierte Zivilbevölkerung in den betroffenen Ländern.

Daß es gedrillte Militärs »zu Lande, zu Wasser und in der Luft« waren und sind, die das Unheil mit Hilfe modernster Waffen über die unbewaffneten Menschen bringen, wird vorsichtshalber geschwiegen. Es könnte den Militärberuf in Verruf bringen, die Wehrkraft zersetzen und den wirtschaftlichen Aufschwung des Landes beeinträchtigen.

Ach, wie ich das alles noch kenne aus dem Radio (der Goebbellsschnauze) des vorigen Jahrhunderts zu Zeiten des GröFaZ (Größten Feldherrn aller Zeiten). Und wenn wir davon den Jüngeren, die das bittere Ende der faschistischen Zeit in Deutschland nicht miterlebten, erzählen, dann wird ungläubig geguckt, als ob man der Geschichtenerzähler aus Tausend- und-einer-Nacht und nicht der nicht vergessene, warnende Dokumentarist wäre.

Dazu eine kleine Empfehlung: Auch die Bitenden und Betenden sollten solchen Vorträgen, wie ihn Professor Heinrich Fink am 23. August in der Freien Oberschule in Finow gehalten hat, gelegentlich ihr Ohr leihen. Es hilft vielleicht gegen Taubheit und Blindheit und kann der Friedensarbeit nützen.

Mit freundlichen Grüßen und guten Wünschen für die vor uns liegende schwere Aufgabe zur Rettung des Friedens auf der Welt.

HELMUT BRAUNSCHWEIG

Punkrock Theater vom Feinsten

An mehreren Abenden im August und September wurde das Gelände des Jugend- und Kulturvereins EXIL am Bahnhof Eisenspalterei zur Insel Sonnenbad. Selbige war einst bekannt für ihre Sonnenbadsardinen, nun wird sie touristisch erschlossen. Die Theaterbesucher des Stückes, das von einem professionellen Regieteam (initiiert von Kai Jahns) mit Eberswalder Bürgern inszeniert wurde, sind die Touristen, die auf die Insel kommen. Als Tourist möchte man gern etwas über die Geschichte des Ortes erfahren. Und so wird die Geschichte der heiligen Gaby des SVKE erzählt:

Die Sonnenbadsardine war die beste Sardine, die man seinerzeit finden konnte. Um sie für die eigene Produktion und vor der Ausbeutung durch den Tourismusverband zu schützen, warf die Kurverwaltung ein großes Netz um die Insel. So konnten die Sardinen nicht davonschwimmen, die Bewohner von Sonnenbad aber auch nicht.

An Arbeit mangelte es nicht. Die Sonnenbadsardine bescherte fast allen eine Arbeit entweder als Fischer oder in der Produktion der Sonnenbadsardinen- und Venusmuschelnkonservenfabrikations- und -export GmbH (SVKE). Es war nicht die Erfüllung aller Träume, aber man fand sich damit ab.

Doch mehr und mehr kamen Zweifel auf. Besonders Gaby will für ihr ungeborenes Kind ein besseres Leben: nicht mehr in der Fischfabrik arbeiten, keine geschlossenen Grenzen, keine Bevormundung durch die Kurverwaltung. Gaby schafft es, die anderen von ihren Ideen zu überzeugen. So gelingt es ihnen gemeinsam, als DAS VOLK, die Netze zu öffnen.

Die Freude ist groß. Noch während der Feier, tritt der Tourismusverband auf Gaby zu und überzeugt sie, daß es für die Bewohner von Sonnenbad, für die Arbeit, für die Fabrik, das beste wäre, wenn sie mit dem Tourismusverband zusammenarbeiten. Gaby ist begeistert und überzeugt, daß nun alles besser wird. Bald jedoch ändert sich die Stimmung. Denn mehr und mehr Arbeiter verlieren ihre Arbeit. Am Ende wird die Fabrik geschlossen und Gaby von den anderen dafür verantwortlich gemacht.



Die Parallelen zur Geschichte Eberswaldes und der DDR sind deutlich. Das SVKE war der größte und modernste Schlacht- und Verarbeitungsbetrieb in Europa und einer der größten Betriebe in der Region. Nach der Wende wurden einzelne Teilbereiche geschlossen, zahllose Arbeiter entlassen. Alles, um die Landwirte und Lebensmittelbetriebe in den alten Bundesländern vor der Konkurrenz zu schützen.

Die Darsteller lesen während des Stückes immer wieder Zitate ehemaliger SVKE-Arbeiter vor und machen so diese Parallelen deutlich. Das Stück schafft es auf humorvolle und kritische Weise, dem Besucher die damalige Situation näher zu bringen. Es zeigt auch die Auswirkungen auf die junge Generation, die keine lohnende Perspektive auf dem Arbeitsmarkt sieht und über mehr Geld verfügt, wenn sie, statt zu Dumpinglöhnen, gar nicht arbeiten geht. Und hinsichtlich der Freiheit hat sich auch nicht viel geändert, abgehört wird man noch immer.

Die heilige Gaby des SVKE zeigt erstens ein Stück Geschichte der Stadt und der Region, die stellvertretend auf die ganze DDR bezogen werden kann. Zweitens wird erkennbar, wie wichtig Arbeit für das Menschsein ist und was ihr Fehlen für Auswirkungen hat. Arbeitslosigkeit ohne soziale Kontakte, ohne gebraucht zu werden, ist die Härte, heißt es in einem der Zitate.

Drittens schließlich erfährt der Tourist auf Sonnenbad, welche Klasse die Laiendarsteller haben, die mich mit ihrer schauspielerischen Leistung mehr überzeugt haben als all die professionellen Schauspieler, die ich bisher auf Theaterbühnen erleben durfte.

SILKE MARKMANN



Öffentliche Rentensprechstunde fällt aus

Leider muß die für Mittwoch, den 10. September, angekündigte Rentensprechstunde in Eberswalde krankheitsbedingt ausfallen. Die nächste reguläre Rentensprechstunde findet am Mittwoch, den 8. Oktober, 10 bis 13 Uhr im Objekt der Volkssolidarität Eberswalde am Richterplatz statt. Der Arbeitskreis »Brandenburgische Renteninitiative« unter Leitung von Frank Gaethke gibt dann wieder Hilfestellung beim Lesen von Rentenbescheiden und Formulieren von Widersprüchen.

ANDREA HOEHNE

Wandertips

von BERND MÜLLER

Kanutour

vom Biosphärenreservat in den Nationalpark

14. September 2014, Sonntag

Die Kanu-Tour führt von Oderberg durch die herrliche Landschaft des Biosphärenreservates Schorfheide-Chorin nach Hohensaaten in den Nationalpark Unteres Odertal. Hier ist Kaffee trinken und der Besuch des Heimatmuseums geplant. Zurück geht es mit dem Kleinbus zum Kanu-Verleih Oderberg.

Treff: 13.30 Uhr Kanu-Verleih neben der »Riesa«, Hermann-Seidel-Str. 62, Oderberg.

Anmeldung unter 03344/333200 oder wandermueller@aol.com. Die Organisationsgebühr incl. Führung und Kanumiete betragen für Erwachsene 7 €, ermäßigt und Kinder 3 €.

Natura in Aktion

am Pimpinellenberg mit GPS

16. September 2014, Dienstag

Die NaturFreunde Deutschland laden herzlich ein, die europaweit erste »Natura in Aktion«-Route zu erkunden und kennenzulernen.

Tief im Herzen des Natura 2000-Schutzgebietes am Pimpinellenberg in Brandenburg gelegen, verlangt die Route Sportlichkeit, Teamgeist und etwas Geschick, um die fünf gestellten Aufgaben via GPS zu finden und meistern zu können. »Natura in Aktion« am Pimpinellenberg markiert den Auftakt für eine Reihe aufregender Routen, um Europas Naturschätze zu Fuß, auf dem Fahrrad oder im Kanu zu erkunden. Parallel zum Pimpinellenberg entstehen auch internationale »Natura in Aktion«-Routen im Saarland und in Baden-Württemberg. Bitte mitbringen: wetterfeste Kleidung, trittsichere Schuhe, Essen & Trinken, wenn vorhanden GPS-Gerät oder GPS-fähiges Handy.

Treff: 12 Uhr NaturFreundeHaus Eisguste, Eberswalder Chaussee 14, 16248 Oderberg

Gebühren: frei. Fragen & Anmeldungen an: Larissa Donges, larissa@naturfreundejugend.de, Tel. 030/29773274 oder 03344-333200.

Dampferfahrt

und Wanderung Werbellinsee (5km)

21. September 2014, Sonntag

Mit dem Dampfer geht es um 12.30 Uhr nach Altenhof. Nach der Ankunft um 13.15 Uhr beginnt eine gemütliche 2-Stunden-Wanderung durch herrliche Natur evtl. mit einem Bad im See zurück nach Joachimsthal. Wanderstrecke ca. 5 km. Gemeinsamer Besuch im Atelier Holger Barthel (Kaiserbahnhof) ist vorgesehen. Tourleiter ist Hartmut Lindner.

Treff: 12.15 Uhr, Anleger Reederei Wiedenhöft, Seerandstraße 23, 16247 Joachimsthal
Gebühren: Erwachsene 2,50 €, erm. 1,50 €, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei. + Dampfer 3,00 €.

Frischer Wind im Bahnhofstreff

Ab September 2014 legt der Bahnhofstreff Finow der Volkssolidarität neue Angebote auf. Gesundheitstage, Strickcafé und Origami-Kurs stehen jetzt monatlich auf der Angebotsliste, neben den etablierten Englisch-, Kreativ- und Tanzangeboten.

Die asiatische Falttechnik Origami beruhigt die Nerven und fördert die Konzentration. Erster Treff ist am 15. September. Zum ersten Strickcafé am 22. September darf jeder sein Lieblingsmodell und seine Lieblingswolle mitbringen.

Am 29. September startet schließlich die Reihe Gesundheitstag mit Gymnastik und vielen Tips vom Fachmann. Das nächste Tanzcafé lädt dann zum 7. Oktober ein.

Alle Veranstaltungen beginnen um 14 Uhr, leckerere Snacks sind im Angebot. Leseratten schwören auf die Offerten der ehrenamtlichen Bibliothek Finow, die sich gleich nebenan befindet. Weitere Informationen und Anmeldungen unter Bahnhofstreff Finow, Bahnhofstr. 32, 16225 Eberswalde, Tel. 03334/383586.

GERD WIESNER

Angebote im »Bahnhofstreff« Finow:

Die ehrenamtliche Bibliothek Finow offeriert von Montag bis Freitag eine Vielzahl von Angeboten aus Belletristik, Reise- und Kinderliteratur. »Bahnhofstreff« Finow: Tel. 03334-383586

Tanzcafé im »Bahnhofstreff« Finow:

Am 7. Oktober haben Tanzlustige wieder Gelegenheit, das Tanzbein zu schwingen. Der nächste Termin ist dann 4. November. Beginn ist jeweils 14 Uhr.

Ausstellung in der Zainhammermühle

Der Sommer in der Mühle 2014 fand bisher, bedingt durch die Bauarbeiten, meist außerhalb der Vereinsräume statt. Immerhin lockte der 21. Deutsche Mühlentag am Pfingstmontag erfreulich viele Mitglieder und Freunde zum bunten Programm in den Garten der Mühle am Zainhammerteich.

Zur 106. Ausstellung unter dem Motto »Kunst im Bau« lädt der Kunstverein jetzt wieder in die Mühle ein. Wie der Titel vermuten läßt, ist das Haus immer noch eine Baustelle und die Vereinsmitglieder müssen sich mit den

resultierenden Unbequemlichkeiten arrangieren. In der Gemeinschaftsausstellung zeigen zahlreiche Künstlerinnen und Künstler einige ihrer neuesten Werke, z. B. Malerei mit Acryl-, Aquarell- und Ölfarbe, Fotografie, Keramik und Holzarbeiten. Daneben können sich Interessenten über den Fortgang der Bauarbeiten informieren und auch die Baustelle besichtigen. Die Ausstellung ist noch bis zum 5. Oktober jeden Samstag und Sonntag in der Zeit von 14.30 bis 18 Uhr geöffnet.

ECKHARD GROLL

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten)

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)

4. CLIQUEN-TURNIER
DER JUSOS BARNIM
DIESES MAL IN BERNAU

JEDER GEGEN JEDEN
Kleinfeld
5 Spieler + 1 Torwart
Ab 12 Jahre
1 Mädelklub = 2 Tore
10 Min. Je Spiel

MIT PREISEN!
Komm' mit deinen Freunden und kick' mit!
WANN: **Samstag, 13.09. Anstoß 15 Uhr**
WO: **Sportplatz der Tobias-Seiler-Oberschule (Zepemicker Ch.)**

ANMELDEN UNTER:
facebook.de/jusos.barnim
info@jusos-barnim.de

Jusos

Busschule für Erstklässler

Viele Barimer Erstklässler dürfen zu Beginn ihres Schülerlebens gleich zwei Schulen besuchen. Neben ihrer eigentlichen Schule haben die Kreisverwaltung in Zusammenarbeit mit der Barnimer Busgesellschaft, der Polizeiinspektion Barnim und der Verkehrswacht zusätzlich noch eine Busschule ins Leben gerufen. Bereits im 13. Jahr lernen hier ABC-Schützen, wie Bus fahren genau funktioniert.

In diesem Jahr startet die Busschule am Dienstag, 9. September 2014, um 10 Uhr an der Grundschule im Rosenpark in Werneuchen. Die Busschule wird in diesem Jahr an 11 von 29 Schulen mit Erstklässlern angeboten.

OLIVER KÖHLER

Impressum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon/fax: (0 33 34) 35 65 42 / 25 92 10

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/ und ../bbp-blog/

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Fischer, Gramzow, Markmann (7), Triller (2)

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 4. September 2014

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 9. Oktober 2014.